Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 210. Mittag-Ausgabe. Zweiundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. **Freitag, den 6. Mai 1881.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

38. Sitzung vom 5. Mai.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, v. Mittnacht u. A., später Fürst Bismarck.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Die Wahl des Abgeordneten für den 1. Gumbinner Wahlkreis, v. Schlieckmann, beantragt die Commission für ungiltig zu erklären. (Referent Marquardsen.)

Abg. Richter (Hagen): Ostpreußen ist das klassische Land der Wahlbeeinflussungen. Die in Rede stehende Wahl fand im December 1879 statt, und erst jetzt sind wir in der Lage, über ihre Giltigkeit zu entscheiden, obwohl die Entscheidung lediglich von der Feststellung des Factums abhing, daß in einem ländlichen Wahlkreise 58 Wähler, die nicht in den Listen gestanden, zur Wahl zugelassen wurden. Ich will der Commission gewiß keinen Vorwurf machen, aber es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Entscheidung über ein so einfaches Factum sich nicht 17 Monate hinschleppt. Die Commission hat denn auch schon in der vorigen Session den damaligen Präsidenten ersucht, auf die Beschleunigung der amtlichen Feststellungen einzuwirken, Präsident v. Arnim aber dies, als nicht zu seiner Competenz gehörig, abgelehnt. Der Gedanke einer Aenderung der Geschäftsordnung zum Schutz gegen solche Verschleppungen liegt nahe, zumal im vorliegenden Falle die Unregelmäßigkeiten auf der Hand lagen. Hat doch ein mit dem Wahlgeschäft betrauter Lehrer viele Wähler einfach deshalb zurückgewiesen, weil sie ihr Lebensalter nicht congruent mit dem in den Wahllisten verzeichneten angaben. Er hat sogar seinen eigenen Schwiegervater, einen alten Mann, aus demselben Grunde zurückgewiesen. Solch ein Possenspiel kann auch nur in Ostpreußen passiren, wo Gendarmen und Executoren die Wahlen betreiben; Eideshelfer würde sie der Reichskanzler nennen, der bei seiner Beschwerde über den Meiningenschen Splitter den preußischen Balken zu übersehen scheint. Sein Rescript gegen Wahlbeeinflussungen an die Bundesregierungen sollte von jedem Landrath in Ostpreußen unter Glas und Rahmen gestellt werden.

Abg. Lasker: Auch der Abg. Friedenthal nahm $1^1/_2$ Jahre an den Verhandlungen des Hauses Theil, ohne daß über die Giltigkeit seiner Wahl entschieden wurde und Prinz Hohenlohe-Oehringen legte sein Mandat erst nach einem Jahre nieder. Mit einer Aenderung der Geschäftsordnung wird man dem Uebel schwerlich abhelfen. Es würde sich vielleicht empfehlen, nach Analogie der Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß den Wählern das Recht zu geben auf eigene Kosten bei Wahlunregelmäßigkeiten Zeugen vernehmen zu lassen, deren Aussagen als Basis für unsere Beschlüsse dienen könnten. Ich bitte die Commission uns noch in dieser Session Vorschläge zu größerer Beschleunigung der Wahlprüfungen zu machen.

Abg. v. Kardorff wünscht ebenfalls schnellere Erledigung der Wahlprüfungen, bestreitet aber, daß dieselben in vorliegendem Falle so einfach gewesen seien, wie Richter behauptet.

Abg. Rickert: Ist es dem Herrn Minister v. Bötticher bekannt, ob der Herr Reichskanzler das erwähnte, sehr wünschenswerthe Rescript an alle Bundesregierungen, namentlich an die preußische gerichtet hat?

Staatssecretär v. Bötticher: Ich kann auf diese Anfrage nur erwidern, daß mir über die Adressen, an welche der Herr Reichskanzler jenes Rescript gerichtet hat, nichts bekannt ist.

Abg. Windthorst: Die Thatsache, daß das Rescript ergangen und sein Inhalt ist bekannt. Es kommt gar nicht darauf an, an wen es gerichtet ist, denn sein Inhalt zwingt zu der Annahme, daß es für alle Regierungen gilt. Hätte nur der Abg. Lasker irgend welche Anhaltspunkte dafür gegeben, wie er sich die Beschleunigung denkt. Die Wahlprüfungscommission wird schwerlich allgemeine Vorschläge machen können, wir aber können hier nur die Erwartung aussprechen, daß alle Theile den Vorschriften des Wahlreglements und des fraglichen Rescripts gemäß handeln.

Abg. Richter: Ich hatte erwartet, daß der Abg. Windthorst auf die Erfahrungen hinweisen würde, welche seine eigene Partei mit den Verzögerungen der Wahlprüfungen gemacht hat. Nach der Richtung scheint sich jedoch sein Gedächtniß abgeschwächt zu haben, wie er uns denn überhaupt anders vorkommt als früher. Die Antwort des Staatssecretärs ist befremdend: das Circular scheint ihm bekannt zu sein, aber nicht die Adresse, an welche es gerichtet ist! Es wirft doch ein eigenthümliches Licht auf die Organisation unserer Behörden, daß er von dem, was uns am meisten interessirt, keine Kenntniß hat, weil es über seinen Kopf hinweg geschehen ist.

Abg. Lasker: Hat der Abg. Windthorst mit seinem ungewöhnlich scharfen Gehör denn nicht gehört, daß ich ganz bestimmte Vorschläge gemacht habe? Ein solcher Vorschlag wäre der, daß die Wahlprüfungs-Commission die betreffenden Behörden um ganz bestimmte Beweiserhebung ersucht.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Frage, ob Wahlsachen zum Ressort des Reichsamts des Innern gehören, beantwortet sich von selbst im bejahenden Sinne. Die Auskunft, die ich vorhin gab, daß ich nicht wisse, an welche Adressen der Erlaß ergangen sei, wirft, wie ich meine, kein eigenthümliches Licht auf die Zustände in der Reichsverwaltung. Wenn der Herr Reichskanzler in Folge irgend welcher Wahrnehmungen und Thatsachen die Nöthigung empfunden hat, mit den Regierungen in eine Verbindung dahin zu treten, daß Anordnungen getroffen werden, welche den Einfluß der Beamten beschränken, so würde dieses nach der Organisation der Reichsverwaltung in den Geschäftskreis des auswärtigen Amtes gehören. Der Herr Reichskanzler verhandelt mit den einzelnen Bundesregierungen, soweit es nicht ausdrücklich durch die Verfassung anders bestimmt ist, durch das auswärtige Amt. Es ist also überhaupt nicht auffällig, daß, wenn das Schreiben, von dem hier gesprochen worden, überhaupt erlassen ist, nicht der Chef des Reichsamts des Innern darüber Auskunft geben kann, an welche Adressen es ergangen ist, sondern daß diese Frage entweder durch den Herrn Reichskanzler selbst oder den Chef des auswärtigen Amts beantwortet werden kann.

Abg. Windthorst: Der Vorschlag des Abg. Lasker ist nur eine neue Methode der Verschleppung; auch würde ich niemals meine Zustimmung dazu geben, daß die Commission direct mit den Behörden communicirt, wodurch das Verhältniß des Reichstags zu den Behörden in eine schiefe Lage kommen würde. Dem Abg. Richter erwidere ich: nicht ich habe mich geändert, sondern die Herren haben ihre Stellung verändert. Wenn ich jetzt in milderer Form zu erreichen suche, was ich erreichen will, was ich übrigens nicht weiß, so ist das nur eine Folge der Erfahrungen, die ich mit dem früheren Vorgehen gemacht habe.

Abg. Richter: Durch die Aeußerung des Herrn Staatssecretärs wird die Sache immer dunkler. Erst hatten wir geglaubt, daß er das Rescript materiell kenne, wenn auch die Adressen nicht. Nun weiß er nicht einmal, daß es ergangen ist, nicht einmal, wer es abgeschickt hat, ob es das auswärtige Amt oder der Reichskanzler gewesen ist. Das scheint anzudeuten, daß, wenn der Reichskanzler selbst nur von persönlichen Erscheinungen in dem Rescript spricht, also was er mit seinen Söhnen erlebt hat, daß es ganz Sache der Reichskanzlei sei, und wenn umgekehrt noch andere Momente in Frage kommen, es dann Sache des Secretariats des Auswärtigen sei. Ich glaube, auch dieser letztere Vorfall ist ein kleiner Beitrag zu der Schilderung, in welcher Verwirrung sich die obersten Reichsbehörden unter dem gegenwärtigen Regiment befinden.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Sache ist nicht so dunkel, wie Herr Richter meint. Ich habe einfach gesagt, Wahlsachen gehören zum Ressort des Reichsamts des Innern, daraus folgt aber nicht, daß Wahlbeeinflussungen ebenfalls in dies Ressort gehören. Ich wiederhole positiv: Das Rescript, dessen Wortlaut ich niemals gesehen habe, ist nicht im Reichsamt des Innern bearbeitet worden, und ich bin deshalb auch nicht in der Lage, zu wissen, an welche Adressen es gerichtet war.

Abg. Lasker hält die Scheidung zwischen Wahlangelegenheiten und Wahlbeeinflussungsangelegenheiten weniger für eine logische als für eine bureaumäßige, die doch unmöglich ernstlich gemeint sein könne.

Abg. v. Kardorff: Der Abg. Lasker scheine die wahre Sachlage vor dem Lande verwirren zu wollen, die durch die Erklärung des Herrn Staatssecretärs vollständig aufgeklärt sei. Warum macht man überhaupt von dem Rescript ein solches Aufheben? Wenn es sich um eine conservative Wahl gehandelt hätte, so würde man den Erlaß des Rescripts für ganz selbstverständlich gehalten haben, nun handele es sich einmal um eine liberale Wahlbeeinflussung: ja Bauer, das ist etwas ganz Anderes.

Abg. Richter: Herr v. Kardorff scheint zu glauben, daß wir den Erlaß des Rescripts tadeln: nein, wir freuen uns über denselben und wünschen nur, daß er nicht auf Meiningen beschränkt bleibe. Uebrigens ist es doch sonderbar, daß sich der Herr Reichskanzler über eine landräthliche Wahlbeeinflussung beklagt, während seine Söhne an verschiedenen Orten, in Naumburg und Langensalza, von hochgestellten Beamten in Versammlungen eingeführt wurden. Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes. (Heiterkeit.) Der Unterschied zwischen Wahlangelegenheiten und Wahlbeeinflussungen kommt mir gerade so vor, als wenn man sagen wollte: Die Gerichte haben die Aufgabe, Recht zu sprechen, aber nicht zu erkennen, was Unrecht ist.

Abg. Lasker verwahrt sich gegen den Vorwurf, die Sache absichtlich verwirrt zu haben.

Abg. v. Kardorff bezeichnet es als eine unsachliche Discussion, daß der Abgeordnete Richter permanent die Söhne des Reichskanzlers ins Gefecht führt.

Abg. Richter weist demgegenüber darauf hin, daß gerade der Reichskanzler mit Vorliebe seine nächsten persönlichen Verhältnisse zur Sprache bringe und daran unberechtigte Schlußfolgerungen knüpfe. Von vielen thatsächlichen Behauptungen des Reichskanzlers in dieser und in anderen Fragen wisse man jetzt ganz genau, daß sie nicht wahr gewesen sind. Das Parlament habe die Aufgabe, festzustellen, was wahr sei.

Die Discussion wird geschlossen und die Wahl des Abg. v. Schlieckmann nach dem Antrage der Commission einstimmig für ungiltg erklärt. Die Wahlen der Abgg. Graf von Grote im 17. Wahlkreise der Provinz Hannover und von Bethmann-Hollweg im 2. Wahlkreise des Regierungsbezirks Bromberg werden ohne Debatte für giltig erklärt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung, welcher nach der Regierungsvorlage lautet: „An Stelle der Artikel 13, 24, 69. 72 der Reichsverfassung treten die folgenden Bestimmungen:

Artikel 13. Die Berufung des Bundesraths und des Reichstags findet mindestens alle zwei Jahre statt, und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden.

Artikel 24. Die Legislaturperiode des Reichstags dauert vier Jahre. Zur Auflösung des Reichstags während derselben ist ein Beschluß des Bundesraths unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.

Artikel 69. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalts-Etat gebracht werden. Der letztere wird für einen Zeitraum von zwei Jahren, jedoch für jedes Jahr besonders, vor Beginn der Etatsperiode, nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt.

Artikel 72. Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Reichs ist durch den Reichskanzler dem Bundesrathe und dem Reichstage zur Entlastung für jedes Jahr Rechnung zu legen."

Die Commission beantragt dagegen folgende Fassung des Gesetzes: An die Stelle des Artikel 13 der Reichsverfassung tritt die folgende Bestimmung: Artikel 13. Die Berufung des Bundesraths und des Reichstags findet alljährlich im Monat October statt, und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden."

Von den Abgg. von Seydewitz und Genossen wird beantragt, die Abänderungen der Artikel 24, 69 und 72 nach der Vorlage anzunehmen, dagegen Artikel 13 der Vorlagezu streichen, so daß er in seiner alten Fassung unverändert bleibt, welche dem Antrage der Commission ohne die gesperrten Worte: „im Monat October", entspricht.

In der ersten Lesung lag folgender Antrag des Abg. Rickert vor: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in Zukunft das Etatsgesetz für das deutsche Reich früher festgestellt werde, als die Etatsgesetze der Einzelstaaten. Dieser Antrag war ebenfalls der Commission überwiesen, welche denselben abzulehnen beantragt; er stimmt übrigens inhaltlich mit dem von ihr vorgeschlagenen Artikel 13 überein.

Referent Abg. Marquardsen: Der Vorschlag, den Artikel 13 abzuändern, hat auf keiner Seite Anklang gefunden und schließlich hat auch die Regierung selbst erklärt, daß sie auf diesem Theil der Vorlage nicht bestehen wolle. Für die Mitglieder der Commission war die Erwägung maßgebend, daß der jährliche Zusammentritt einer Körperschaft, wie der Reichstag ist, von erheblichem politischen Einfluß sei, und daß es zur Beruhigung der Nation beitragen müsse, wenn sie die Gewißheit habe, daß jede Frage, welche ihre Interessen berühre, der beständigen Controle und der öffentlichen Erörterung des Parlaments unterliege. Indem die Regierung diese Motive anerkannte und von einer Beseitigung des Zwanges zur jährlichen Einberufung des Reichstages Abstand nahm, gab sie aber auch das Hauptargument für die Einführung zweijähriger Budgetperioden auf. Denn wenn der Reichstag doch unter allen Umständen jährlich zusammentreten soll, so kann er auch die Etatberathung erledigen, da diese nicht wesentlich zur Verlängerung der Session beiträgt. Wenn die Regierung dagegen behauptete, daß eine solche Verlängerung angesichts der erheblichen Dauer der Einzellandtage doch ins Gewicht falle und die Collision der parlamentarischen Körperschaften vermehre, so wurde von der Majorität der Commission darauf hingewiesen, daß die große Ausdehnung der Landtags-Sessionen in den vorangegangenen Jahren nicht als Regel gelten könne, weil gerade die Einführung der Justizgesetze den Einzelstaaten ein ungewöhnlich hohes Maß legislatorischer Arbeiten auferlegt habe. Auch die angeblichen inneren Vorzüge einer längeren Etatsperiode wurden von der Commission nicht anerkannt. Der Behauptung, daß eine mehrjährige Periode eine sorgfältigere Vorbereitung und demgemäß eine größere Sparsamkeit in der Aufstellung des Etats ermögliche, steht die Erfahrung gegenüber, daß die Voranschläge für eine längere Zeitdauer unsicherer werden und daß man deshalb, um Deficits zu vermeiden, die Etats lieber reichlicher ausstattet, als es sonst geschehen wäre.

Auch die Erfahrungen, die man in Sachsen und Baiern mit mehrjährigen Etats gemacht hat, sprechen nicht zu Gunsten des Regierungs-Vorschlages, weil die sächsischen Verhältnisse für das Reich keineswegs nachahmenswerth erscheinen und die zweijährigen Budgets in Baiern nur deshalb relativ befriedigen, weil sie gegen die früheren sechsjährigen Etats einen erheblichen Fortschritt darstellen. Das Bedürfniß, die Collision des Reichstages mit den Einzellandtagen zu vermeiden, wurde in der Commission allseitig anerkannt und demgemäß zunächst der Antrag gestellt, daß der Reichstag regelmäßig am 15. October einberufen werden solle, und daß während der Dauer der Reichstagssession keine parlamentarische Körperschaft der Einzelstaaten, deren Mitglieder zum Theil auch dem Reichstag angehören, irgend eine Plenar- oder Commissions-Sitzung ohne ausdrückliche Genehmigung des Reichstages abhalten dürfe. Dieser Antrag erschien jedoch der Majorität zu weitgehend; sie lehnte denselben ebenso wie die Einführung der von der Regierung vorgeschlagenen zweijährigen Etatsperioden ab und begnügte sich mit der Forderung, daß der Reichstag regelmäßig im Monat October einberufen werden sollte, weil sie hierdurch einer Collision der parlamentarischen Versammlungen genügend vorzubeugen glaubte. Die Verlängerung der Legislaturperioden wurde von der Majorität der Commission nur als eine Consequenz der zweijährigen Etatsperioden betrachtet; trotzdem glaubten einzelne Mitglieder jenen Vorschlag der Regierung auch ganz unabhängig von der letzteren Frage aufrecht erhalten zu dürfen. Der Gedanke einer Verlängerung der Legislaturperioden wurde in der Commission an sich nicht unsympathisch aufgenommen, aber weder der jetzige Zeitpunkt, noch die von der Regierung vorgeschlagene Zahl, welche lediglich als eine Vorbedingung längerer Etatsperioden erschien, wurden von der Mehrheit als geeignet anerkannt und demgemäß die Vorlage auch in diesem Punkte vollständig abgelehnt.

Abg. v. Maltzahn-Gültz: Ich gehe von dem Grundsatze aus, daß man bestehende Gesetze und namentlich Verfassungsgesetze nicht abändern soll, wenn man nicht sicher ist, daß diese Abänderung vorhandene Mißstände beseitigen wird. Von diesem Gesichtspunkte aus hatte auch die Regierung die vorliegenden Verfassungsänderungen vorgeschlagen und wenn die Commission aus überwiegend politischen Bedenken diesem Antrage nicht beitreten zu können glaubt, so ist mir ein solches Verhalten vollkommen begreiflich. Was ich aber nicht verstehe, das ist der Umstand, daß die Commission sich nicht auf die Ablehnung der Regierungsvorlage beschränkt, sondern ihrerseits selbst den Gegenvorschlag gemacht hat, die Einberufung des Reichstages regelmäßig im Monat October erfolgen zu lassen. Durch diesen Antrag wird den vorhandenen Uebelständen sicher nicht abgeholfen, und ich muß mich entschieden gegen denselben erklären. Die Zeit nach Weihnachten ist für viele Mitglieder insofern günstiger, weil sie dann von ihren Geschäften leichter abkommen können, als dies vor Weihnachten der Fall ist. Trotzdem erkenne ich gern an, daß diese Rücksicht allein nicht maßgebend sein kann, wenn auch die Mitglieder des Reichstages, sowohl wegen der hervorragenden Stellung, wie wegen der Diätenlosigkeit dieser Körperschaft sicher bei der Wahl der Zeit eine größere Berücksichtigung beanspruchen dürfen, als die irgend eines Einzellandtages. Der Vorschlag der Commission ist aber auch aus anderen Gründen für uns nicht annehmbar. Er beschränkt die Befugniß der Executive in der Wahl des Berufungstermins weit über das Maß der bestehenden Reichsverfassung und der preußischen Verfassung und ist keineswegs geeignet, den Hauptübelstand, um dessen Beseitigung es sich handelt, aus dem Wege zu räumen. Die Feststellung des Reichsetats vor den Landesetats hat allerdings den Vorzug, daß man bei der Beschlußfassung über die letzteren genau die Höhe der Matricularbeiträge übersehen kann, welche der Reichshaushaltsetat beansprucht, dieser Vorzug verliert aber an Werth, wenn es uns gelingt, dem allseitig getheilten Wunsche gemäß die Matricularbeiträge auf eine dauernd gleichmäßige Höhe zu bringen.

Die Hauptsache, worauf es bei der Vorlage ankommt, ist die Vermeidung der Collision der parlamentarischen Sessionen, und dieser Zweck wird durch den Antrag der Commission nicht erreicht, weil die Zeit vom Herbst bis zum Anfang April überhaupt zu kurz ist, um zwei Budgets durch zwei verschiedene parlamentarische Körperschaften festzustellen und nebenbei noch das Durchschnittsmaß der jährlichen legislatorischen Arbeiten zu erledigen. Die gegenwärtige Erfahrung beweist dies, denn regelmäßig muß der preußische Landtag, da der Reichstag, um sein Budget bis zum 1. April zu erledigen, spätestens Mitte Februar zusammenzutreten genöthigt ist, entweder einen Theil seiner Arbeiten unerledigt lassen, oder dieselben übers Knie brechen oder im Sommer zu einer Nachsession zusammentreten. Wenn hier geltend gemacht worden ist, daß die Feststellung des Budgets im Reichtage einen verhältnißmäßig nur geringen Zeitaufwand in Anspruch nehme, so erkenne ich dies an. Die Budgetdebatte beschränkt sich im Wesentlichen auf vielleicht ein Dutzend Positionen, an denen die Herren Richter, Rickert oder andere Mitglieder ihre Kritik üben. Die Etats bedürfen aber in den Ministerialressorts einer sehr sorgfältigen Vorbereitung. Man kann hier die Prüfung und Erörterung nicht auf einzelne Punkte beschränken, sondern muß jede einzelne Position genau erwägen, um jener Kritik keine Blöße zu bieten. Diese Arbeit durch Einführung zweijähriger Etatsperioden zu vermindern, würde ein großer Gewinn sein, welcher der Vorbereitung anderer Gesetzvorlagen zu Gute kommen könnte. Von einer Vertauschung der Reichstagssession mit der Landtagssession haben die Ministerien der Einzelstaaten vielleicht einen Vortheil, indem sie an Zeit gewinnen, die Reichsregierung aber wird dadurch um so schwerer belastet, weil es sich hier nicht allein um die Aufstellung des Etats handelt, sondern weil derselbe auch noch, bevor er dem Reichstage vorgelegt wird, den Bundesrath passiren muß. Nicht eine Verschiebung der Sessionen, sondern allein eine Verminderung des Berathungsmaterials kann Abhilfe schaffen.

Ein wesentlicher Vortheil würde schon erreicht sein, wenn nach dem früher angeregten Gedanken des Abg. Reichensperger das Ordinarium des Etats für mehrere Jahre festgestellt und nur das Extraordinarium alljährlich berathen würde, die eigentliche Lösung der Frage aber sehe ich in der Einführung zweijähriger Etatsperioden. Ich verkenne nicht, daß die Zahl der Nachtragsetats dadurch sich vermehren wird, die Erledigung dieser Vorlagen wird aber nicht so erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, um den errungenen Vortheil wieder in Frage zu stellen. Gewiß hat der jährliche Zusammentritt des Reichstages eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung, obwohl nach meiner Ueberzeugung der nationale Einheitsgedanke doch noch mehr in der Person des Kaisers, als in dem Parlamente sich verkörpert; aber ich will durch meine Forderung zweijähriger Budgetperioden auch keineswegs die Fortdauer der jährlichen Sessionen ausschließen. Ein Etat auf zwei Jahre ist vielleicht technisch etwas schwieriger, und namentlich wird sich der Voranschlag für das zweite Jahr nicht so sicher aufstellen lassen wie für das erste, der Nachtheil, der hieraus erwächst, könnte sich aber höchstens darauf beschränken, daß man jenen Voranschlag zur Sicherheit etwas reichlicher ausstattet, als wir es jetzt zu thun gewöhnt sind. Auf der andern Seite ersparen wir aber dadurch eine Menge nutzloser Arbeit, die jetzt zum Schaden des Reiches eine kostbare Zeit in Anspruch nimmt, und dieser Gewinn ist so groß, daß er alle Nachtheile bei Weitem überwiegt. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme des Antrages v. Seydewitz. (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Olpe): Dem Vorredner muß ich zunächst erwidern, daß nach der preußischen Verfassung in der Zeit vom November bis Mitte Januar zwar die regelmäßigen Berufungen des Landtages erfolgen müssen; dadurch sind aber außerordentliche Sessionen nicht ausgeschlossen. Die Commissionsvorschläge kann ich als genügend nicht ansehen, weil sie sich nur gegen das eine der geltend gemachten Bedenken wenden, gegen dasjenige, welches sich auf die Matricularbeiträge erstreckt. Der andere Uebelstand, das Zusammentagen von Reichstag und Einzellandtagen, wird durch die Beschlüsse nicht beseitigt. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die hervorragendsten Mitglieder der Einzellandtage auch im Reichstage Sitz und Stimme haben. Dadurch werden aber hier die Majoritäts-Verhältnisse alterirt und Beschlußunfähigkeiten herbeigeführt. Darf nun eine derartige relative Lahmlegung des Reichstages in das Belieben aller einzelnen Landtage gelegt werden? Die Natur der Sache bringt es mit sich, daß die Mitglieder, die in beiden parlamentarischen Körperschaften Sitz und Stimme haben, in dubio im Landtage verbleiben. Jedem ist doch das Hemd näher, als der Rock. Sie denken, die Reichsinteressen können auch ohne sie durch Andere vertreten werden, während ihre Landesinteressen nach ihren Anschauungen nur durch sie selbst zur Geltung gebracht werden können. Das sind Thatsachen, an denen man unmöglich mit verbundenen Augen vorübergehen kann. Vergegenwärtigen Sie sich doch nur den Fall, daß auch die preußische Regierung einmal dieselben Wege ginge, welche die bairische, würtembergische und hessische noch in dieser Session gegangen sind. Was würde man sagen, wenn auch die preußische Regierung gleichzeitig neben dem Reichstage den Landtag tagen ließe? Mit dieser sehr naheliegenden Eventualität würde der Reichstag indirect zum Aschenbrödel der Einzelstaaten herabgedrückt werden. Etwas Erhebliches kann aber in dieser Richtung nicht zu Stande kommen, wenn nicht gleichzeitig auf der anderen Seite das Verfassungsrecht ins Auge gefaßt wird. Wie steht es mit der thatsächlichen Möglichkeit, daß einmal eine renitente Majorität der Regierung keine Einnahmen bewilligte. Wir haben in unserer Reichsverfassung keine Garantien dagegen; die preußische bestimmt für diesen Fall bekanntlich, daß die bestehenden Steuern und Abgaben forterhoben werden. Dieses Moment ist für mich ein sehr ernstes und verdient bei Behandlung der vorliegenden Frage sorgfältige Berücksichtigung.

Abg. Stumm: Ich muß dem Abg. Rickert auf dessen neuliche calculatorische Aufstellung erwidern, daß der stenographische Bericht für die Berechnung der auf die Berathung des Etats verwendeten Zeit nicht maßgebend ist. Der Schwerpunkt liegt in den Commissionsberathungen, die bei ihrer Gründlichkeit dem Plenum der Regel nach nur wenig zu sagen übrig lassen. Die Zahl der Drucksachen des Reichstages dürfte überdies in dieser Beziehung ebenfalls lehrreich sein. Die Ausführungen des Abg. v. Maltzahn haben mich in keiner Weise davon überzeugt, daß eine Ersparniß davon

abhängig wäre, daß der preußische Landtag vor oder nach Weihnachten einberufen würde. Der angezogene Antrag bedeutet eine Vereinigung der bisherigen Uebelstände mit dem der zweijährigen Budgetperioden; wir würden damit nicht nur keine Zeitersparniß erreichen, sondern auch unseren Etat durch vollständig unrichtige Grundlagen aufbauen. Dem Antrag Rickert gegenüber müssen wir uns ebenfalls entschieden ablehnend verhalten. Ich kann nur bedauern, daß die Parteien, welche so viel für die Reichseinheit zu thun vorgeben, sich auf einen solchen Boden stellen können. Bei einem Bundesstaat wie unserem Reiche liegt absolut keine Veranlassung vor, auch nur ein Jota von der Prärogative der Krone abzumindern.

Abg. v. Bennigsen: Die vorliegenden Fragen sind bereits in der ersten Lesung und in den Commissionsberathungen so erschöpfend verhandelt worden, daß selbst das, was die Abgeordneten von Maltzahn und Stumm heute hier angeführt haben, soweit es richtig war, auch nicht neu gewesen ist. Der erste Vorschlag der Regierung ist ja von Niemandem mehr aufrecht gehalten, nämlich daß der Reichstag nicht mehr alljährlich berufen werden soll. Es ist von einigen Parteien versucht worden, wenigstens die zweijährige Budgetperiode aus der Vorlage zu retten. Herr von Maltzahn ist bei diesem Versuche unbefangen genug gewesen, anzuerkennen, daß dies mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, und ich glaube, daß in dieser Hinsicht nichts von dem widerlegt ist, was von mir und anderen Rednern bereits bei der ersten Lesung vorgetragen worden ist. Wenn die Sache überhaupt Bedeutung haben sollte, so müßte in den Einzelstaaten ebenso verfahren werden, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch viel schwieriger sein würde. Ueber die Art und Weise, wie unsere wirthschaftlichen Zustände sich an der Hand der neuen Gesetzgebung bislang entwickelt haben und welches Bild sie zeigen werden in den nächsten Jahren, ist eine vollständige Meinungsverschiedenheit auf Seiten der Regierung und der Parteien vorhanden. Wie will man da behaupten, daß ein Etat sich mit nur einiger Sicherheit auf 2 Jahre vorher aufstellen lasse. Welche Mitwirkung würde das auf die Budgets der Einzelstaaten haben! Es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß in der wirthschaftlichen Gesetzgebung in den nächsten Jahren etwa eine Pause eintritt. Nein, wir müssen uns gefaßt machen, daß in dieser Hinsicht noch tief einschneidende, schwerwiegende Gesetze uns noch längere Zeit beschäftigen werden. Die ganze Einrichtung zweijähriger Budgets hätte auch nur dann eine weittragende Bedeutung, wenn derselbe Schritt auch in den einzelnen Ländern, speciell in Preußen, durchgeführt werden würde. Der Vertreter des Centrums hat schon bei der ersten Lesung ausgeführt, daß in Preußen dazu keine Aussicht ist, weil man da auf die jährliche Kritik der Verwaltung bei Berathung des Budgets nicht verzichten möchte.

Nun meint Herr Stumm, wir Alle hätten in der Budgetcommission eine ungeheure Zeit verloren, wir seien Alle erschöpft. Auf die calculatorische Auseinandersetzung zwischen ihm und Rickert lasse ich mich nicht ein, aber ich möchte behaupten, daß Dasjenige, was wir früher hier gegenüber dieser Vorlage ausgeführt haben, daß im Reichstage die Budgetberathung im Plenum und der Commission einen verhältnißmäßig geringen Theil der Zeit in Anspruch nimmt, durch die neuesten Erfahrungen bestätigt wird. Die Verhandlungen der Budgetcommission, deren Vorsitzender ich seit Jahren bin, haben in diesem Jahre viel weniger Zeit in Anspruch genommen, als früher; das Plenum hat sich nur zwei Wochen mit dem Budget zu beschäftigen gehabt und zwar zu einer Zeit, wo noch eine Menge anderer Vorlagen daneben berathen wurden. Will etwa Herr Stumm behaupten, daß in diesem oder einem früheren Jahre die Mitglieder der Commission nicht an den Berathungen des Plenums hätten theilnehmen können. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß die Budgetcommission noch mit anderen Sachen, mit Petitionen über die Verwaltung, zum Theil in Verbindung mit dem Budget, beschäftigt ist. Die Budgetcommission ist in gewissem Grade auch eine Verfassungscommission. Was im Uebrigen die Behauptung betrifft, wir seien in Deutschland mit Geschäften so überlastet, daß eine gewisse Abspannung nicht nur unter den Parlamentariern, sondern auch im Lande sich zeige, so bestreite ich nicht, daß das in gewissem Grade der Fall ist. Das Wesentliche dieser Abspannung und Ermüdung ist aber auf einem ganz anderen Gebiet zu suchen, und die Herren werden vergebens sich abmühen, auf diesem Gebiete den Grund zu finden, weshalb jetzt nicht mit der Frische und Freudigkeit gearbeitet wird, und nicht mit dem Eifer und dem lebendigen Interesse die Verhandlungen im Volke aufgenommen werden. wie das in den ersten Jahren nach 1867 der Fall war. (Zustimmung.)

Wenn es dahin gekommen ist, so liegt es daran, daß wir einen festen Zustand in den Parlamenten, im Reichstage nicht mehr haben, ein so gutes Verhältniß der Mehrheit zum Kanzler wie früher, wo man mit Freudigkeit Großes geschaffen hat mit dem Kanzler und den verbündeten Regierungen. Wir sind so schwankend zusammengesetzt, daß weder irgend ein Politiker noch irgend ein Mann in der Regierung nur auf Wochen oder Monate darauf rechnen kann, in welcher Richtung eine Combination für eine Mehrheit zu suchen ist; dieses ewige Hinundherschieben der Verhältnisse, die Unsicherheit, von der Niemand absehen kann, wie es anders werden soll, das ist der Hauptgrund für die Ermüdung und Abspannung in den Parlamenten und im Volke. Dieser Zustand muß sich allerdings ändern, denn auf die Dauer ist eine solche Unsicherheit in unsern ganzen öffentlichen Rechtsverhältnissen schwer zu ertragen, wie wir sie seit einigen Jahren haben, wo die wichtigsten Vorlagen eingebracht werden und man schon von vornherein weiß, die Vorlagen haben keine Aussicht auf Mehrheit oder man nicht sicher ist, an welchen Stellen im Reichstage die Mehrheit zu finden ist. Die Last dieses Zustandes ist so groß, daß alle Theile ein Interesse haben müssen, daß bald Wandel geschaffen wird. Nun will ich noch mit einigen Worten auf den positiven Vorschlag der Commission kommen, der hier und in der Presse zu einem Angriffe auf die liberale Partei benutzt worden ist, die damit ein Prärogativ der Krone zerstören wolle. Der Antrag stimmt im Wesentlichen mit dem des Abg. Rickert überein, daß das Etatsgesetz im Reichstage vor dem der Einzelstaaten festgesetzt werden soll; denn nach diesem Antrage würde man nothwendiger Weise von selbst dazu kommen, den Reichstag im October einzuberufen. Der Kern des Rickert'schen Antrages ist also derselbe, wie der der Commission. Wie kommt es denn dann, daß in Preußen die Freunde der Herren Stumm und von Maltzahn einstimmig in der letzten Session diesen Antrag Rickert angenommen haben, wenn er angeblich Eingriffe in die Prärogative der Krone enthält.

In dem Antrage Rickert liegt keine Verletzung der Prärogative des Kaisers, sondern er bezweckt nur eine zweckmäßige Einrichtung regelmäßiger Sitzungen des Reichstages. Durch eine Berufung desselben im October wird die Fertigstellung des Reichsetats vor denen der Bundesstaaten ermöglicht und damit die nothwendige Grundlage für die einzelnen Landtage und deren Budgets geschaffen. Die Prärogative des Kaisers, den Reichstag einzuberufen und zu schließen, hat verfassungsmäßig eine Beschränkung darin, daß nach Art. 69 der Verfassung alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs für jedes Jahr veranschlagt werden müssen und daß der Haushaltsetat vor Beginn des Etatsjahres durch ein Gesetz festgestellt werden muß. Es ist, wenn das Etatsjahr, wie jetzt, mit dem 1. April beginnt, nothwendig, daß spätestens im Februar die Einberufung erfolgt. Ferner enthält die Verfassung die Einschränkung, daß der Reichstag nicht ohne den Bundesrath berufen werden kann. Dann muß nach Auflösung des Reichstages binnen 90 Tagen der Reichstag wieder versammelt werden. In derselben Session kann die Auflösung überhaupt nicht wiederholt werden. Dann möchte ich betonen, daß die Bestimmung in der preußischen Verfassung, wonach der Landtag im November einberufen werden muß, von Männern aufgestellt worden ist, denen wahrlich nicht die Absicht einer Verletzung der Prärogative der Krone vorzuwerfen ist. Wenn man gegen den „October" eingewendet hat, daß es für die verbündeten Regierungen nicht ausführbar sei, bis dahin die Unterlagen zu gewinnen und die Vorlagen auszuarbeiten für einen Etat, der erst im April des nächsten Jahres beginnt, so verweise ich auf das Beispiel des preußischen Etats. Die preußische Regierung hat es stets fertig gebracht, den Etat mit Zusammentritt des Landtags oder unmittelbar nachher vorzulegen. Wenn das so lange möglich gewesen ist, wird dies für den Reichshaushaltsetat noch in viel leichterem Grade als möglich sich herausstellen.

Wir halten unseren Antrag für zweckmäßig und mit den Verfassungsgrundsätzen nicht im Widerspruch stehend. Wenn uns etwas helfen soll, so könnte eine Erleichterung viel eher darin gefunden werden, daß wir nicht mehr in dem Umfange jedes Jahr mit großen und kleinen legislatorischen Aufgaben befaßt werden, wie bisher. Neben dem Budget sind immer noch eine ganze Reihe anderer Sachen erledigt worden. Große umfangreiche Gesetze konnten allerdings nicht sofort im Plenum vor Ostern alle drei Lesungen passiren; noch weniger konnten die zum Theil sehr wichtigen und umfangreichen Vorlagen erledigt werden, welche vor Ostern noch gar nicht eingebracht waren (Heiterkeit), sondern erst nachher, gegen das Ende der Session. Bei einer geringeren Zahl von Vorlagen werden auch nicht, wie jetzt, alle Versuche überstürzt zu werden brauchen. Der Herr Präsident, den ich in seiner Stellung aufrichtig bedauere, kann dann eine zweckdienliche Disposition für die ganze Arbeitslast treffen, während er jetzt schon vom ersten Augenblick an mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wenn dagegen neben den laufenden Geschäften nur kleinere Vorlagen gemacht werden, so werden wir eher die Möglichkeit besitzen, in den einzelnen Sessionen die eine oder die andere Vorlage zu Stande zu bringen, als jetzt, wo wir bei dem embarras de richesse gar nicht wissen, welche Vorlage wir zuerst in Angriff nehmen sollen. Ginge es so weiter wie jetzt, dann fürchte ich allerdings auch, daß wir einer Stagnation in der Gesetzgebung und in der politischen Entwicklung verfallen, die Allen, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, höchst unerwünscht sein muß. Das Unerfreuliche aber ist, daß in dieser Session und auch in der letzten Session des Landtages fast bei der Hälfte aller Reden, ich möchte sagen, der Schatten der kommenden Wahlen zurückwirkt auf die Verhandlungen des Hauses, und wo nicht blos die Führer der Partei und die Vertreter der einzelnen Parteien — nein, vielleicht in ebenso großem Umfange auch die Vertreter der verbündeten Regierungen (Sehr wahr!) auf diese Wahlen — ich will nicht sagen, bei ihren Vorlagen schon Gewicht legen, wie das oft ausgesprochen wurde, denn Herr Reichskanzler und den Führern der Parteien, so daß ein großer Theil unserer Zeit hier wie im preußischen Landtage in Anspruch genommen mit Recriminationen wegen der früheren Wahlen, durch Eröffnung von Perspectiven zu den nächsten Wahlen und durch Versuche der Regierung und Parteien, mögliches Capital für die nächsten Wahlen zu schlagen.

Wenn Herr v. Maltzahn meinte, durch die Vorschläge der Regierung würde nach unserer Auffassung das Reich zu Grunde gerichtet, weil eben das einheitliche Organ in der Reichsverfassung zurückgestellt würde gegen die Regierung und die Vertretung der Einzelstaaten — m. E., nein, einer solchen Uebertreibung hat sich, glaube ich, Niemand von Denjenigen schuldig gemacht, die bei der ersten Berathung die Regierungsvorlage angegriffen haben. Zu Grunde gerichtet wird das Reich nicht, wenn auch alle Einrichtungen, die ich für nicht begründet halte, angenommen werden und noch Mehreres. Ein großes Reich, wie das deutsche, auch wenn es erst seit 12, 10 Jahren besteht, kann recht viel vertragen, ehe es zu Grunde gerichtet wird, aber Schaden leiden kann ein Reich und Schaden nehmen können die Zustände mehr und mehr, und davor wünschen wir das Reich bewahrt zu sehen und deshalb wünschen wir solche Vorlagen abzulehnen, von denen wir überzeugt sind, daß sie die berechtigte Stellung des Reichstages schwächen, daß mit der Schmälerung der berechtigten Stellung des Reichstages auch der Einheitsgedanke dieses neuen Reichs nicht mehr zur Entwickelung kommen kann, wie es da sein muß, wo neben dem Kaiser und dem Kanzler der Reichstag das hauptsächlichste Organ zur Vertretung des Einheitsgedankens der Nation ist. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich bin überzeugt, daß der Herr Vorredner mit seiner letzten, mit erhobener Stimme gesprochenen Versicherung, daß er und die Seinigen beabsichtigen, das Reich vor Schaden zu wahren und Schaden vom Reiche abzuwenden, nicht hat ausdrücken wollen, daß uns, und namentlich denjenigen, die berufen sind, einen amtlichen Einfluß darauf auszuüben, dieses Bedürfniß, dieses Bestreben auch nur um ein Haar breit ferner läge, als dem Herrn Vorredner und seinen Genossen. Es kommt nur darauf an, wie dieser Schaden abgewehrt werden soll und wodurch der Schaden dem Reiche gethan wird, über den der Herr Vorredner klagte. Zunächst muß ich den Vorwurf zurückweisen, als ob die Discussion über die Regierung irgendwie mit Rücksicht auf die zukünftigen Wahlen und die Wähler geleitet, ja auch die Vorlagen zum Theil darauf berechnet würden. Dem muß ich doch entgegenstellen, daß die Reichsregierung und die verbündeten Regierungen meines Erachtens gar nicht das Recht haben, die Wähler und die Nation darüber im Dunkeln zu lassen, was sie beabsichtigt, namentlich wenn diese Absicht durch parlamentarische Reden und durch eine monopolisirte Presse in den Augen des Wählers verdunkelt (Heiterkeit und Unruhe links), so verstellte Gefahr läuft. Allerdings ist ein wesentlicher Theil meines Bestrebens bei Ausübung der Pflicht gegen die Nation und ihre Wähler, sie darüber vollständig ins Klare zu setzen, wo die Reichsregierung hinaus will. Ob es mir gelingt, sie auch darüber ins Klare zu setzen, wo die einzelnen Parteien hinaus wollen und was die Motive ihres Verhaltens und ihrer Fractionspolitik sind (Aha links), das weiß ich nicht. Ich will mich nach Kräften dazu bemühen, bei allen Wählern und auch die Vorlagen an die Wähler herantreten, und mir die Wahlkritik und das Tribünenrecht, das mir meine Stellung hier giebt, dazu benutzen, um die Nation darüber aufzuklären, wo Jeder von uns hin will. Ich glaube nicht, daß ich die Beleuchtung meiner Wege, die offen daliegen, zu scheuen habe.

Ich habe an dem, was wir haben, gearbeitet, selbst unter Beihülfe der Fractionen, bald von der einen unterstützt, bald von der anderen — was sie „unterstützen" nennen. Sie haben mit mir zusammen gemeinsam gearbeitet, d. h. sie haben die Heckenscheere angelegt und das, was gebracht ist, verkürzt, vielleicht verstümmelt, vielleicht verbessert, vielleicht in eine künstlichere, den eigentlichen Grundsätzen entsprechendere Form gebracht. Für mich hat der Beistand, den ich von den Fractionen erfahren habe, sehr häufig doch die Natur eines Kampfes, einer Verkürzung des Erreichbaren angenommen, dem gegenüber ich meine besten Kräfte habe aufreiben müssen (Unruhe links), und wenn wir nicht so weit gekommen sind, so mache ich den Fractionen den Vorwurf — nicht auf die Gefahr hin, daß von der äußersten Linken noch einmal der Ausdruck des Verdrusses darüber laut wird — daß ihre Kämpfe untereinander hauptsächlich schuld sind, wenn das Reich nicht vorwärts kommt, wenn man zweifelhaft wird an dem, was man errungen hat, wenn eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt. Das Volk ist es müde, daß nur Politik und Fractionspolitik zu persönlichen Interessen (Sehr wahr!) Es will seine praktischen Interessen wahrgenommen sehen. Die Streitigkeiten der Fractionen spannen es ab und sind ihm langweilig; das werden Sie an dem Ausfall der Wahlen ersehen, wenn nicht bei diesen, so bei den nächstfolgenden (Zustimmung rechts). Der Herr Vorredner hat ferner gegen Schluß seiner Rede darüber geklagt, daß die parlamentarischen Körperschaften mit Arbeiten überlastet und mit Gesetzvorlagen überschüttet würden, und mit solchen, die schon einmal vorgelegt waren. Ja, da komme ich auf das eben erwähnte Argument zurück. Wir wiederholen die Gesetzvorlagen, in denen wir die Ueberzeugung der Regierung ausdrückt, um den Wählern dadurch zu sagen: wir haben die Ueberzeugung, daß unsere Vorlagen richtig waren, keineswegs deshalb aufgegeben, weil wir an der Majorität von 103 gegen 101 Stimmen damit gescheitert sind, sondern halten an der Ueberzeugung fest: wir haben unsere Beschlüsse nicht frivol gefaßt, sondern nach sorgfältigem Nachdenken und vertreten sie, so lange der Einzelne von uns lebt und strebt. Das haben wir mit der Wiederholung der Vorlage sagen wollen.

Auch das ist eine Sprache zu den Wählern, zu der ich mich berechtigt und verpflichtet halte, um dieselben aufzuklären. Gerade die Hast und die Ueberlastung der Geschäfte wollen wir vermindern dadurch, daß wir die Möglichkeit zu längeren Sitzungen geben, indem Sie jetzt eingeengt sind durch die Nothwendigkeit, in einem Jahre zwei große Körperschaften, den Reichstag und die Landtage, nebeneinander fungiren zu lassen oder die Zeit, die die eine dieser Versammlungen braucht, der anderen zu verkümmern; wenn wir dahin kamen — und allerdings ist, wenn die Annahme des Systems, welches die Vorlage zum Ausdruck bringt, sich auf das Reich beschränkt, das Werk nur halb gethan, es muß auf sämmtliche Landtage übergehen, es muß die Gesetzgebung des Reiches ein Verbot bringen, daß Reichstag und Landtag gleichzeitig tagen, ein Jahr soll der Reichstag, ein Jahr der Landtag für seine Geschäfte haben. Daneben sind ja Berufungen nicht ausgeschlossen. Die Hauptarbeit liegt eben in dem Budget. Die Arbeit kommt in diesem Jahr, wie der Herr Vorredner klagte, liegt hauptsächlich in dem Fertigwerden des Budgets. Man hat ja mit mir berechtigtem parlamentarischen Egoismus bisher nur von den Schwierigkeiten gesprochen, die Ihnen die eine oder die andere Sache bringt. Eine leise Anwandlung von Mitgefühl mit der Lage eines Ministers oder des Bundesraths habe ich in keiner der Reden bisher finden können und doch lastet hier gerade die Geschäftszeit in diesem System und es giebt keine Ministernatur, die das auf die Dauer aushalten kann. Wollen Sie andere Minister, so hetzen Sie die, welche gegenwärtig am Ruder sind, todt, aber sie gehen bei dieser Ueberarbeitung zu Grunde, und nicht blos die leitenden Minister, auch alle Collegen und mit die Minister.

Ich habe erlebt, daß im preußischen Landtage bei der Budgetberathung die Blüthe der Geheimräthe, 15 vielleicht, mit im Budget ihre Aufgabe herankommen konnte, am Montage erschienen sind, am Dinstag und so jeden Wochentag bis Sonnabend — ich kann das Beispiel thatsächlich mit Daten belegen — und am folgenden Montag ist der Gegenstand der Etatsberathung herangekommen, für den circa ein Dutzend der höchstgestellten und am meisten thätigen Beamten eine Woche lang im Landtage gesessen und Reden, die für diese gerade kein Interesse hatten, lange Reden angehört haben, und die ganze Sache ist für alle fünfzehn ohne ein Wort der Discussion vergangen. Sie konnten am nächsten Montag Mittag nach Hause gehen. Das ist ein Zeitverschlagen, das von dem System vielleicht nicht ganz zu trennen, aber doch wohl zu verhindern ist. Auch den Ministern ist es so gegangen, den Leitern der Ressorts, die gerade in dieser Zeit so zu thun haben, daß sie hier im Reichstage nur vier Tage hintereinander erscheinen und auf die Gefahr hin, ob der zweite Gegenstand der Tagesordnung heran kommt oder nicht, und daß sie dann nachher nach Hause gehen müssen, weil sie den Arbeitstag verloren haben. Man kann arbeiten, wenn man hier sitzt und zuhört, aber doch nicht jede Arbeit machen, namentlich die ernsteren nicht. Ich möchte doch bitten, daß alle die Argumente, die der Herr Vorredner vorhin gegen das jetzige System der Hast anbrachte, für die Vorlage der Regierung in die Schranken führen, und sie fallen mit erheblichem Gewicht in unsere Wagschale. Wir werden Zeit haben, wenn der Reichstag oder der Landtag in demselben Jahre sich von Haus aus der Hoffnung hingeben kann, daß es ein Unglück ist, wenn er seine Sitzungen auf drei oder fünf Monate ausdehnt, und die Arbeitszeit der Minister in der Zwischenzeit so bemessen ist, daß sie wirklich die Vorlagen rechtzeitig feststellen können.

Das ist sehr leicht gesagt, daß die Säumigkeit der Minister, die die Vorlagen nicht rechtzeitig bringen, schuld ist, wie ein Diener, der nicht rasch genug die Treppe heraufgekommen ist. Aber die Herren sollten doch einmal sehen, ob sie im Stande wären, in dieser kurzen Zwischenzeit die Dinge früher fertig zu stellen. Das Budget ist kaum votirt, so habe ich drei Tage darauf die Vorlagen für das neue bekommen, die bereits in vorräthiger Arbeit waren. So geht es in Preußen, so geht es im Reich. Die Herren, wenn sie hier mit ihren parlamentarischen Geschäften auseinander sind, — dann mag es für einige unangenehm sein, in ihre Bureaux zurückzukehren, für die hören die Ferien auf, allerdings (Heiterkeit), für die Anderen aber, die wirklich nur hierher gekommen sind, um den Beruf eines Volksvertreters wahrzunehmen, die diesen Beruf nicht mit dem eines Redacteurs einer Zeitung verbinden, combiniren und so das ganze Jahr für diesen Beruf beschäftigt sind, für diejenigen fangen dann die eigentlichen Geschäfte an. Für die Minister ist in beiden Fällen die Arbeit gleich schwer, gleich ermüdend und aufreibend, und es ist, glaube ich, nicht nützlich, die Minister zu nöthigen, daß sie die Arbeiten mit mehr Gleichgiltigkeit machen sollen. Sie würden, wenn sie immer solche Minister gehabt hätten, gar nicht so weit gekommen sein, wie wir uns hier bei einander sehen, und es ist nicht nützlich, diese Träger der Staatsarbeit auf diese Weise zu ermüden und ihnen die Zeit nicht zu lassen. Die ganze Rücksichtslosigkeit gegen diese Menschenklasse liegt auch in dem Antrag, daß der Reichstag im October zusammentreten solle. Es ist ja ganz klar, daß der Bundesrath in diesen Fällen 4 Monate früher zusammentritt. Ich will sagen, wir können das auf 3 Monate abkürzen, aber unter 3 Monaten wird der Bundesrath nicht arbeiten können. Wenn sie also den Reichstag im October hier haben wollen, dann müssen Sie von dem Bundesrath verlangen, daß er Ende Juli etwa zusammentritt.

Alle die Minister, welche noch im Gefechte mit den Landtagen sind, kommen nicht her, um sich an dem Bundesrath zu betheiligen. Dann wird der letztere etwas, was dem alten Frankfurter Bundestag mehr und mehr ähnlich sein wird. Die Hauptsache, daß dieses Centrum der Regierungsautorität im Reiche in Ansehen und wirksamer Thätigkeit bleibt, ist die, daß die regierenden Minister selbst erscheinen. Wir haben deshalb in unserer Geschäftsordnung im Bundesrath die Aenderung getroffen, daß alle wichtigen, entscheidenden Beschlüsse auf eine kürzere Zeit in die Sitzungen concentrirt werden. Ich wage nicht, dem Reichstage etwas Aehnliches vorzuschlagen, denn dieser — wie ich glaube — furchtbare Gedanke würde dadurch unannehmbar, daß er von ministerieller Seite zuerst gebracht worden ist, aber im Bundesrath spüren wir seitdem eine große Erleichterung und die Möglichkeit, daß auch diejenigen Herren, die zu Hause nothwendig sind, sich an wichtigen Beschlüssen persönlich betheiligen können, und wir haben dort noch eine zweckmäßigere Eigenschaft, wir haben gar keine Grenze der Beschlußfähigkeit — und ich glaube, daß der Reichstag auch gewinnen würde, wenn er die nicht hätte, so daß diejenigen, die ein Vergnügen daran haben, Reden zu hören, jederzeit erscheinen können, ohne ausgezählt zu werden, daß aber eine höhere Beschlußfähigkeit, wie die jetzige gesetzt wird, wenn solche Beschlüsse gefaßt werden sollen, welche die Zukunft des Landes durch Gesetze binden. Das Land hat ein Recht darauf, daß mehr wie die Hälfte der von ihm gewählten Abgeordneten bei einem solchen Beschlusse anwesend sei, der auf die Geschicke des Landes einen wesentlichen, dauernden und schwer wieder zu beseitigenden Einfluß hat. Die Hälfte des Reichstages ist nicht mehr der Reichstag, so wie ihn die Verfassung kennt; er hat auch nicht das Ansehen im Publikum und in der öffentlichen Meinung.

Die Abspannung, von der der Vorredner so viel sprach und die er, wie es schien, der ministeriellen Politik zuschrieb, geht vorzugsweise von dem Beispiel aus, daß es eine große Anzahl von Abgeordneten giebt, die es nicht einmal für der Mühe werth halten, den Sitzungen beizuwohnen; es ist mir gesagt worden, daß bei einer der letzten Abstimmungen, ich glaube, 111 gefehlt haben. Wie wollen Sie da annehmen, daß die Bevölkerung noch mit demselben Eifer wie früher an den Geschäften des Reiches Theil nehme, wenn ihre gewählten Vertreter ihr ein solches Beispiel geben? Der frühere Eifer hatte auch wohl darin seinen Grund, daß das Deutsche Reich damals etwas Neues war; man hatte eine gewisse Weihnachtsfreude, es zu haben, und nahm mit Vergnügen Theil daran. Aber das „beati possidentes" findet auch hier Anwendung — der Besitz macht gleichgiltig — was man hat, das will man eben nicht, und was man nicht hat, will man, und so geht es auch im Deutschen Reich. Seitdem es wohl besessen ist, hat man nicht mehr dieselbe lebendige Theilnahme, es ist nichts Neues mehr, es kommt vielen Leuten vor, als wenn es immer so gewesen wäre, namentlich denjenigen, die keine Erinnerung an die Vergangenheit haben, und als ob es immer so bleiben müßte. Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich diesem Wahn nicht hingebe, daß ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohlthaten, deren sich jetzt die deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren kann. (Sehr richtig!) Was die Prärogative des Kaisers betrifft, so ist es ja zweifellos, daß in der Beschränkung des Berufungsrechts des Kaisers auf den October oder in der Nöthigung zur Berufung dadurch, daß Sie in § 13 einschalten: „Der Kaiser kann berufen, aber der Kaiser muß im October berufen", eine Beschränkung der Prärogative liegt, aber ich meine, diese Frage sollte nicht Gegenstand der Discussion dieses Hauses sein, so lange Se. Majestät der Kaiser Seine Ansicht darüber nicht geäußert hat.

Wenn der Kaiser es den Interessen des Reiches entsprechend findet, so wird die Frage der Prärogative ihn nicht aufhalten, dem Lande dieses Opfer an Machtvollkommenheit zu bringen; aber wohl kann es Ihn empfindlich berühren, daß man über Seine Rechte aburtheilt, ehe Er Seine Meinung geäußert hat und Beschlüsse faßt, ob Er sie aufgeben soll oder nicht. Ich glaube, da könnte man eine Initiative oder Andeutung der berufenen Organe des Kaisers abwarten, ob Er dazu geneigt sei, denn ohne Seine Neigung kommen Sie doch nicht darüber hinweg, und das ist deshalb eine Frage — ich kann die Discussion nicht hindern, sich zu bewegen, aber ich muß sagen, das hängt allein von der Entscheidung des Kaisers ab. Der Kaiser hat bisher Seine persönlichen Rechte noch nicht zur Discussion und Beschlußfassung dem Reichstage gestellt. Die Frage der Priorität, die durch den October erreicht werden soll und die schon der Abg. Rickert durch seinen Antrag ganz allgemein erreichen will, wäre ja ganz einfach dadurch zu erreichen, daß man den Anfang des Budgetjahres noch um drei Monate verschiebt, und dann würde für die Landtage der Zeitraum nach der Reichstagsfitzung von Ostern bis Johanni ein vollkommen geeigneter sein zur Berathung. Das Deutsche Reich ist uns bei unserem angeborenen Particularismus, nicht nur staatlichem, sondern auch provinziellem und Ressort-Particularismus noch nicht so in Fleisch und Blut eingedrungen, daß wir nicht wohlthäten, ihn auch vor Aller Augen auf den ersten Platz zu schieben und ihm den Ehrenplatz zu lassen, und ich werde, so lange ich irgend mitzureden habe, für den Reichstag oder den Bundesrath die günstigste Zeit, den Winter, nicht aufgeben, d. h. natürlich für die Regel — es kann ja nothwendig werden, auch im Sommer Reichs- und Landtage zu berufen: wir haben uns früher nicht geweigert — ich erinnere z. B. an das Jahr 1848 und in den Jahren 1852 und 1853 — bis in den Monat Juni, Juli, August, ja das ganze Jahr hindurch hier und auch in Erfurt zu tagen, auch in den heißesten Sommertagen, wo Berlin von allen Denen, die nicht hier bleiben müssen, sorgfältig gemieden wurde.

Da bitte ich nun also die Herren, deren Interesse sich mehr den Landtagen zuwendet, ihr Wohlwollen für ihn nicht so weit zu treiben, daß sie die Monate Januar und Februar in der Stadt bleiben wollen und nachher die Sommerzeit für den Reichstag resp. für den Bundesrath übrig bleibt. Wann müßten denn die Mitglieder des Bundesraths mit ihren Arbeiten beginnen, um im October mit der Pünktlichkeit, die Herr v. Bennigsen verlangt und gegenwärtig vermißt, als fertige Arbeit abzuliefern sowohl das Budget als die übrigen Vorlagen? Es ist als eine Ungeheuerlichkeit in der Discussion bezeichnet worden, daß jetzt überhaupt noch Vorlagen kommen. Ja, meine Herren, Sie werden auch noch manche erhalten, und ich will mich fragen, ob meine Pflicht nicht von mir fordert, außer denen, die jetzt in Arbeit sind, Ihnen noch welche zuzuschicken. Sie sind ja nicht gezwungen, sie zu verarbeiten, aber die Regierung hat doch das Bedürfniß, Ihre Meinung vollständig zu hören und darüber in der Oeffentlichkeit keinen Zweifel zu lassen. Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei früher Großes geschehen in dieser Beziehung. Nun, wir haben jetzt auch, glaube ich, große Aufgaben vor uns stehen und ich habe die Hoffnung, daß auch weiter Großes geschieht. Es ist z. B. vor $1\frac{1}{2}$ Jahren Großes geschehen dadurch, daß wir in der Zollgesetzgebung wiederum auf eine verständigere Bahn, bei der das Land der langsamen Aushungerung entzogen wird, eingelenkt sind in die alte gute Gesetzgebung des Zollvereins — lange nicht so weit — wir hatten damals einen höheren Schutzzoll, als wir anstrebten und erreicht haben. Aber dieses Herausrücken des Staats-

wagens und des Reichswagens aus einer fehlerhaften Richtung, bei der das Land von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr mehr ausgehungert und ohne den gleichzeitigen Zuschuß der Milliarden viel früher an Verblutung und Entkräftung zu Grunde gegangen wäre. Das, glaube ich, war eine große Leistung, für die ich Anerkennung erwarte, so weit ich dabei mitgewirkt habe, wenn auch nicht von denen, welchen dadurch ihre politischen Zirkel gestört werden.

Das Interesse an theoretischen Principien und großen Rechts- und Verfassungsfragen und Gleichgewichtsfragen im Staate ist eben, nachdem man den ersten Durst an der parlamentarischen Quelle dreißig Jahre lang gestillt hat, vermindert und man sieht sich jetzt um: was erfordert unser wirthschaftliches Interesse; und auch um die praktischen Interessen leichter zur Vertretung zu bringen, würde ich erfreut sein, wenn ich schon in dieser Session — worauf ich nach Lage der Dinge wenig Aussicht habe — oder in der nächsten, wo ich, wenn ich lebe, wiederum zum vierten oder fünften Male, wenn es sein muß, dieselben Vorlagen mache, auf Erfolg rechnen dürfte. Wenn ich die Vorlagen wieder vorbringe — und ich muß doch nach meiner Ueberzeugung handeln, wenn ich ein ehrlicher Mann sein will — so verbinde ich damit noch das Interesse, denjenigen, die im Volke eine Beschäftigung haben, die sie für die Dauer ihrer Theilnahme an den parlamentarischen Debatten entsagen müssen, für den Fall der Annahme eines Mandats die Theilnahme etwas zu erleichtern, damit sie nicht genöthigt sind, in jedem Jahre an zwei Parlamenten Theil zu nehmen. Wenn wir das nicht thun, machen wir den Leuten, die im praktischen Leben stehen, die irgend etwas materiell produciren, den Handwerkern, Kaufleuten, Advocaten, Aerzten mit wirklicher Praxis (Heiterkeit), Landwirthen, Fabrikbesitzern, Industriellen, Leuten, deren praktische Erfahrungen von hohem Werthe sind, und die ein volles Maß haben, ihre Interessen hier vertreten zu sehen und deshalb von den Wählern hierhergeschickt werden — allen diesen Leuten machen wir es beinahe unmöglich, daß sie an den parlamentarischen Sitzungen auf die Dauer Theil nehmen. Einer nach dem Andern wird es müde, hierher zu kommen und — verzeihen Sie, ich will Niemand persönlich verletzen — ich selbst verfalle in diesen Fehler bei der ungeheuerlichen Länge der einzelnen Reden und bei der geringen Stärke der Gruppen, von denen die Redner hauptsächlich ausgehen. Wir könnten viele von den Reden weit lieber zu Hause gedruckt lesen, als daß man sie mit anhört und die Natürlichkeit des Redners dabei hat für sich.

Wir bekommen auf diese Weise zwei verschiedene berechtigte Kategorien von Abgeordneten. Die einen, die die Zeit des Schlusses gar nicht abwarten können, um ihre Geschäfte, worin sie schwer vermißt werden, wieder aufzunehmen. Die anderen, die bedauern und seufzen, wenn sie die liebgewordenen Beschäftigung, die öffentlich zu sprechen und den Fractions- und Commissionssitzungen beizuwohnen und den ganzen cameradschaftlichen Beziehungen entsagen müssen, weil sie in Gottes Welt weitere Beschäftigungen eigentlich nicht haben, wenigstens solche nicht sehr lieben. (Heiterkeit.) Wenn ich mir einen Beamten in guten oder geringen Geschäften denke, der nach einer Reichstagssession in seinem Commissariate bei warmen Tagen wieder seine staubigen Bureaux besuchen und seinen strengen Dienst thun soll und demselben Vorgesetzten wieder eine gewisse Anerkennung zollen soll, auf den er bis dahin von seinem curulischen Sessel mit einer gewissen Geringschätzung herabgeblickt hat, von der Höhe des Abgeordneten, so begreife ich, daß ihn, wenn er an die Annehmlichkeiten des parlamentarischen Lebens zurückdenkt, ein gewisses Heimweh beschleicht und er wegen Ermüdung durch die parlamentarischen Sitzungen einen berechtigten Bade-Urlaub anstrebt. (Heiterkeit.) Aber dagegen läuft ein solcher, der nicht die Fühlung hat, welche gemeinsame Arbeit — gemeinsames Schaffen und Erwerben mit den Wählern geben, auch sehr leicht Gefahr, jede Fühlung und jede Möglichkeit der richtigen Beurtheilung der Interessen und der Wünsche des Kreises, der ihn gewählt hat, zu verlieren. Es ist ja schwierig und lange dauernd, bis der Wähler in seiner Provinz sich darüber vollständig klar wird, denn es giebt immer sehr viele Mittel, ihn darüber in einer unverständigen Ansicht noch immer zu lassen. Ich habe ja selbst früher Wahlreden zu halten gehabt und mich damit befaßt — stenographirt wurden sie in der Regel nicht (Heiterkeit) — und ich habe sehr oft das Gefühl gehabt, wenn der Wähler mich und meine ganze Thätigkeit vollständig kennte, würde er mich nicht wählen (Heiterkeit); ich habe aber auch das Gefühl, wenn er mich kennte und wüßte wer ich bin, so würde er mich wählen.

Also es ist nicht leicht, eine vollständig klare Ansicht über seine Vertreter zu gewinnen; ich halte es aber im Interesse des Reiches für eine große Gefahr, wenn es dahin kommen sollte, daß die Mehrheit oder die Herrschaft denjenigen Abgeordneten zufallen sollte, die keine Beschäftigung ohne nicht haben, die deshalb in Reden die geübtesten sind und die die Stoffe, über die gesprochen wird, auf Wochen und Monate vorher sorgfältig ausgearbeitet haben, weil sie denselben auch in der Publicistik Anklang zu verschaffen suchen, — ihre Zeit erlaubt es ja, sie sind darauf angewiesen. Und sie stehen dann, so wie es auf die Geschicklichkeit, auf die rhetorische Mensur ankommt, in vorzüglichem Maße bereit, sie haben außerordentlich im Vordergrunde. In den Volksversammlungen kennen wir ja die Typen, die sich da zu rhetorischen Klopffechtern ausbilden — die es natürlich hier nicht giebt (Heiterkeit); aber dort sieht man, wie die jenen Widerstand sofort niederrennen und scharf im Zaume halten; ich möchte doch auch bemerken, wie ich es Ihnen neulich bemerkt habe, daß im Reichstage man darauf hält, daß die Reden zwar zur Orientirung dienen, aber daß sie nicht die Herrschaft über die Abgeordneten. Der Wähler hat ein Recht auf einen unabhängigen, von der überlegenen Beredsamkeit weder beeinflußten, noch eingeschüchterten Vertreter. Also ich empfehle, daß mein System dahin gehen würde, daß die Landtage durch Reichsgesetz genöthigt werden, diesem selben System zu folgen und dann wird auch die Priorität des Reichsbudgets zu erreichen sein; das Reichsbudget von 1881/82 oder von 1882/83 wird die Unterlage sein für das Landesbudget 1882/84 und so werden sie eines in das andere greifen und sich gegenseitig ergänzen und corrigiren. Die finanzielle Schwierigkeit, die der Herr Vorredner dabei fand, kann ich doch in dem Maße, wie er sie schilderte, nicht anerkennen. Wir haben früher manches derartige überwunden, es giebt auch in einzelnen Bundesstaaten mehrjährige Budgets und ich habe nicht gehört, daß deren Finanzen schlechter verwaltet werden, als die anderen, vielleicht im Gegentheil.

Wenn man durch die Uebertreibung und Häufung der parlamentarischen Sitzungen und durch die Uebertreibung der Dauer der einzelnen, denen, die etwas andere Beschäftigung haben, denen, die nicht blos Frages consumenten sind, die Betheiligung schwer macht, dann wird man mit der Zeit dahin kommen, daß die parlamentarischen Versammlungen nur eine neue Species der Bureaukratie werden, daß wir eine erbliche Beamtenfamilie bekommen, erbliche Parlamentarierfamilien haben werden, die von Jugend auf ihr Studium darauf richten und sich, wie der Volksmund sich ausdrückt, sagen: „Ich will Abgeordneter lernen" (Heiterkeit), wenn man findet, daß dieses Gewerbe doch auch seinen Mann nährt — meine Carrière ist ja auch lediglich eine parlamentarische, von mir hätte Niemand etwas erfahren in meiner ländlichen Zurückgezogenheit, wenn ich nicht zufällig Mitglied des vereinigten Landtags von 1847 gewesen wäre, also ich rechne mich immer ein, wenn ich von Parlamentariern rede. Aber diese Bureaukratie weiter hinaus ausschließen und auch als einen Zweig der Reichs- und Landesverwaltung hinzustellen, der mit der plebs, welche schafft und arbeitet, und wagt, und wettet, und gewinnt oder verliert, wenig Berührungspunkte und namentlich nicht die gemeinsame Deutungsweise hat — denn der hohe Beamte, dessen Großvater und Vater Beamter war, dessen ganze Erziehung darauf gerichtet war, weiß ganz bestimmt nicht, wie dem Mann, der nicht Beamter gewesen ist, in seinem Hause und in seinem Wesen zu Muthe ist. Wir haben das früher auf dem Lande gehabt; wenn die Herren Regierungsräthe kamen, um praktische Dinge zu untersuchen, hatte jedermann den Eindruck: na, recht viel verstehen sie nicht davon, aber es war eine Beruhigung zu sehen, wie wenig die Herren — jedenfalls kennt er kein anderes Bestreben, als zu finden, was hier Rechtens ist.

Das ist leider etwas in den Hintergrund getreten durch manche neueren Einrichtungen; die ehrliche rechtliche Ueberzeugung, der dringende Wunsch zu finden, wer Recht hat, ist unserer Verwaltungsbureaukratie vollständig treu geblieben und auch von Parteiwesen noch heute nicht so beeinflußt wie andere Kategorien. Nun weiß ich nicht, ob ich die mannigfachen und mir im Munde des Herrn Vorredners durch ihre Schärfe unerwarteten Ausstellungen, die er an der Regierung und an der Tendenz derselben machte in der ganzen Politik der Regierung, indem er als die Ursache des Zurückgehens des öffentlichen Interesse am Deutschen Reich anführte, ob ich die werde alle beleuchten können, — es ist mir ja nicht möglich gewesen, obschon ja der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit klar und verständlich sprach, so würde ich doch darauf nicht eingehen können, indem ich mich nicht physisch beherrsche. Aber ich möchte ihn doch bitten, sich persönlich und mit den Stimmen, die ihm anhängen, doch nicht dieser traurigen pessimistischen Auffassung hinzugeben, die sich im Namen seiner Fraction zuerst anknüpfen von Seiten der „Nationalzeitung", etwa vom Ende 1877 an, wo alles in den düstersten Farben gemalt wurde, es gehe zurück, die Reaction sei im Anzuge, die Reaction jeder Art, die ja auch schließlich sich darauf concentrirte, daß auch die Schutzzölle zur Reaction gehörten, ohne zu bedenken, daß die beiden freiesten Republiken, Amerika und Frankreich, recht tüchtige Schutzzölle uns gegenüberstellen. Also diese Klagen über Befürchtung der Reaction, über düstere Mißstimmung sind unberechtigt; ich verweise jeden auf den Styl der Leitartikel der „Nationalzeitung", mir ist er nicht geläufig, weil er zu beladen und schwer ist in der Schilderung der Wolken, die über uns herabhängen. Die „Nationalzeitung" betrachte ich nicht mehr als Blatt der Fraction, aber sie war es damals.

Ich möchte den Herrn Vorredner dringend bitten, der mir unter seinen Fractionsgenossen einer der Mitkämpfer gewesen ist, dem ich wirklich Beistand verdanke und dem das Deutsche Reich für seine Herstellung und Consolidirung jedenfalls Dank schuldig ist für seine Politik von langen Jahren her, ich möchte ihn persönlich dringend bitten, sich durch Bestrebungen und Einflüsse, die ich für sachliche nicht halten kann, nicht der Reichspolitik, die getrieben wird, weil ich, so lange ich die Leitung habe, keine andere treiben kann, und der Reichsregierung in dem Maße zu entfremden, wie ich es befürchten muß, wenn ich die Richtung seiner Rede höre. Es wäre das meines Erachtens ein großer Verlust für unsere parlamentarische Entwicklung auf der Basis der Verständigung zwischen Reichsregierung und allen Seiten des Parlaments und mir auch persönlich sehr schmerzlich, nicht blos wegen meiner persönlichen Gefühle für den Herrn Vorredner, sondern auch wegen der Pläne, die ich an die Möglichkeit geknüpft hatte, daß zwischen den Herren, die der Führung des Herrn Vorredners folgen, und denen, die sich rechts an ihn anschließen, eine Verschmelzung eher möglich sein würde, als zwischen denen, die sich links an ihn anschließen und deren äußerster linker Flügel überhaupt ein Ende gar nicht absehen läßt (Große Heiterkeit). Nachdem wir bei mehreren Wahlen gesehen haben, daß die Socialdemokraten einstimmig für fortschrittliche Candidaten stimmen, müssen wir befürchten, daß zwischen diesen Verbindungen eine Art Cartellverhältniß für die Wahlen doch eingetreten ist. Nachdem wir gesehen haben, daß die Herren, die aus der nationalliberalen Fraction nach links hin ausgeschieden sind, ihre Fühlung bei der Fortschrittspartei nehmen, so kann ich wirklich sagen, daß auf diese Weise, wenn die jetzige nationalliberale Fraction die Anlehnung fester nimmt, die Continuität der gegenseitigen Beziehungen von dem rechten Flügel der Nationalliberalen bis in die Socialdemokratie hinein — wenigstens in dem praktischen Zusammengehen, so weit sie auch in der Theorie von einander entfernt sein mögen, nicht ausgeschlossen ist, sondern zu weiteren Befürchtungen für die Zukunft gehört. Und deshalb möchte ich dem Herrn Vorredner noch zurufen, was in dem bekannten Gedicht von Bürger ihm in der Erinnerung sein wird, das auf hannoverschem Grund und Boden entstand, und worum ich ihn mit voller Herzlichkeit bitte: „Laß nicht vom Linken dich umgarnen!" (Heiterkeit. Lebhafter Beifall rechts.)

Um $4^1/_4$ Uhr wird die Verhandlung vertagt. Abg. Richter (persönlich): Die Behauptung, daß die Fortschrittspartei in einem Cartell mit der Socialdemokratie steht, weise ich als eine unwürdige Verdächtigung zurück. Fürst Bismarck erhebt sich mit einem Rufe des Unwillens rasch von seinem Sitze, um zu antworten, der Vicepräsident v. Franckenstein kommt ihm aber zuvor, indem er die Aeußerung Richters als parlamentarisch unzulässig zurückweist. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

= **Berlin**, 5. Mai. [Der Reichskanzler und die Beschlüsse der Unfallversicherungs-Commission.] Der Angabe, als werde der Reichskanzler den bekannten Beschlüssen der Commission für das Unfallversicherungsgesetz zu § 1 beistimmen, wonach das Reichsmonopol durch ein Monopol der Einzelstaaten ersetzt werden soll, begegnen in Abgeordnetenkreisen lebhafte Zweifel. Man wollte im Gegentheil wissen, die Regierung hoffe auf eine der Vorlagen günstigere Beschlußfassung in der zweiten Lesung des Entwurfes in der Commission. Inzwischen hofft man, diese letztere schon in der nächsten Woche vornehmen und den Bericht in der vierten Maiwoche vertheilen zu können. Dies würde freilich den Beginn der zweiten Lesung erst kurz vor Pfingsten ermöglichen lassen.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 5. Mai. In Gegenwart des Hofes, vieler Fürstlichkeiten und Vertreter der höchsten Gesellschaftskreise begann heute im Victoriatheater die Aufführung des Wagnerschen Nibelungencyclus mit der Vorstellung „Rheingold". Das Haus war bis auf den letzten Platz ausverkauft. Die von Wagner selbst bei der Leitung der Generalproben gehegten, gegen den Leiter des ganzen Unternehmens, Director Neumann, geäußerten Erwartungen sind weit übertroffen. Ein andachtsvoll lauschendes Publikum brach am Ende der ersten Abtheilung und am Schlusse in unaufhörliche stürmische Beifallsrufe aus. Die mitwirkenden Damen Reicher-Kindermann, Schreiber, Ringler, Monhaupt, Klafsky, Lowy, die Herren Scaria, Schelper, Vogel (welcher das Publikum ganz besonders hinriß), mußten den unausgesetzten stürmischen Hervorrufen immer aufs Neue Folge leisten. Wagner, welcher mit der Gattin der Aufführung beiwohnte, wurde bei der Ankunft mit wiederholtem dreimaligen Tusche des Orchesters empfangen, mußte, am Schlusse von dem im Hause verharrenden Publikum stürmisch gerufen, erst umgeben von sämmtlichen Darstellern, dann allein auf der Bühne erscheinen, von immer neuem Beifall begrüßt. Wagner dankte in bewegten Worten für die überaus freundliche, ja enthusiastische Aufnahme seines Werkes, richtete den Dank auch an die Darsteller und den Director Neumann, der begeistert in uneigennütziger Opferwilligkeit der Aufführung des Werkes sich hingegeben. Der Erfolg des ersten Abends ist ein über alle Erwartungen großartiger. Kapellmeister Seidel führte die musikalische Direction musterhaft. In den zum Victoriatheater führenden Straßen bildeten dichte Menschenmassen ein förmliches Spalier.

Wiesbaden, 5. Mai. Se. Majestät der Kaiser machte gestern mit der Frau Großherzogin von Baden eine Ausfahrt und erschien Abends im Theater. Zum Diner haben heute der Landgraf und die Landgräfin von Hessen, sowie die Prinzessinnen Elisabeth von Hessen und Marie von Meiningen Einladungen erhalten. Die auf heute angesetzt gewesene Parade fiel wegen des Regenwetters aus.

Mainz, 5. Mai. Der Großherzog von Hessen ist mit seinen Kindern heute hier eingetroffen, um auf einige Wochen hier seine Residenz zu nehmen. Zum Empfang des Großherzogs hatten sich das gesammte Offiziercorps und die Spitzen der Behörden, sowie die Kriegervereine und die Feuerwehren am Bahnhof eingefunden, die Stadt hat festlichen Flaggenschmuck angelegt. Heute Abend findet großer Zapfenstreich statt.

München, 5. Mai. Der König, die Königin und die Prinzessin Stephanie von Belgien trafen heute Mittag $12^1/_2$ Uhr mittelst Extrazugs von Augsburg hier ein, wurden von der Prinzessin Ludwig und deren Kindern, sowie von der Frau Herzogin Max Emanuel von Baiern auf das Herzlichste am Bahnhof begrüßt und setzten nach kurzem Aufenthalte die Weiterreise nach Salzburg fort. Die Königin und die Prinzessin Stephanie hatten in Augsburg übernachtet; der König war erst heute Vormittag daselbst eingetroffen.

Straßburg, 5. Mai. Der russische außerordentliche Botschafter, Fürst Suworow, ist auf der Rückreise von Cannes zum Besuche des Statthalters gestern Abend hier eingetroffen und wird bis morgen hier verweilen.

Salzburg, 5. Mai. Prinzessin Stefanie ist mit dem belgischen Königspaar um $4^1/_4$ Uhr eingetroffen. Sie wurde am Bahnhofe vom Kronprinzen, den Spitzen sämmtlicher Behörden, dem Erzbischof, unter jubelnden Zurufen der Bevölkerung empfangen. Durch die reichgeschmückte Stadt bildeten Bergknappen, die Veteranenvereine, Schützen, Studenten, Genossenschaften und die Halleiner Bürgergarde Spalier. Die ganze Fahrt fand im langsamsten Tempo unter enthusiastischem Jubel der Menschenmenge statt. Um 6 Uhr Galadiner.

Paris, 5. Mai. Das von den Intransigenten zum Zweck der Verhinderung der Hinrichtung der wegen Theilnahme am Petersburger Attentat vom 13. März verurtheilten Jesse Helfmann für nächsten Sonntag projectirte Meeting ist von den Behörden verboten worden. — Nachrichten aus Algier zufolge haben die französischen Truppen die zur Concentrirung erforderlichen Bewegungen beendet und werden nunmehr unverweilt zum Angriff auf die Hauptposition der Krumirs bei Abdallah Bentjemet vorgehen.

Paris, 5. Mai. Die Budgetcommission lehnte das Amendement Mädier de Montjau, betreffend die Aufhebung der Botschaft beim Papste, ab. — Die Münzconferenz hielt unter dem Vorsitz des Finanzministers die zweite Plenarsitzung ab, woran außer den bekannten Delegirten für England Freemantle, für Indien Lord Reay, für Canada Alexander Golt theilnahmen. Vrolik wurde zum Vicepräsidenten ernannt. Vrolik legte den Bericht der Commission über die Fragebogen vor. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Die Delegirten von Deutschland, Oesterreich, England, Indien, Canada, Griechenland, Portugal, Schweden und der Schweiz verlasen Erklärungen, welche die Anschauungen ihrer Regierungen wiedergaben. An der General-Discussion über die Fragebogen nahmen der französische Delegirte Cernuschi und der norwegische Delegirte Broch Theil. Die Fortsetzung der Generaldiscussion findet Sonnabend statt. Die Erklärung der deutschen Delegirten hat dem Vernehmen nach sehr befriedigt. Die verlesenen Erklärungen der Delegirten der Münzconferenz enthalten mehr oder weniger wichtige Vorbehalte. Der französische Delegirte Cernuschi betonte die Nothwendigkeit, sich mit Deutschland zu verständigen. Die Erklärung des deutschen Delegirten wird auf Antrag des italienischen Delegirten Seismit Doda gedruckt und morgen vertheilt.

London, 5. Mai. Unterhaus. Harcourt antwortet Cowa, die Verhaftungen der Socialisten und anderer Personen in Oesterreich stehen in keiner Weise mit der Verhaftung Most's oder den Informationen der englischen Polizei in Verbindung, es sei aber wünschenswerth, die Ansicht der Regierung darüber bestimmt zu erklären. Er habe nie Mordcomplotte geheimer Gesellschaften als unbedeutende Verbrechen angesehen, die als politische Vergehen zu dulden oder zu entschuldigen wären, sie seien gewöhnliche Morde. Mordversuche sollten als solche in jeder Beziehung behandelt werden. Falls die britische Polizei in der Erfüllung von Pflichten und bei Handhabung der englischen Gesetze Umstände erfahre, die dem Leben irgend Jemands, sei es ein Souverän oder eine Privatperson im Inlande oder Auslande durch Mörderhand Gefahr brächten, sei es ihre Pflicht, solche Information zu geben, welche am besten geeignet sind, das Verbrechen zu verhindern. Wir haben das Recht, dies von jeder civilisirten Regierung zu erwarten, wenn das Leben unserer Fürsten oder unserer Mitbürger bedroht ist. Was wir als Pflicht Anderer betrachten, werden wir unsererseits zu erfüllen nicht verfehlen. (Lauter Beifall.) Gladstone kündigt für Montag einen Antrag an, betreffs Errichtung eines Denkmals für Beaconsfield in der Westmünsterabtei mit einer Inschrift, welche die Achtung des Hauses für seine seltenen großen Talente, seine hingebenden Arbeiten im Parlamente und in den großen Staatsämtern ausdrückt. (Beifall.) Parnell kündigt die Bekämpfung der zweiten Lesung der irischen Landbill an, weil sie nicht eine genügende Reduction der Pacht sichere, auch sonst hinter den Erwartungen zurückbleibe.

London, 5. Mai. Oberhaus. Granville gedenkt in beredten Worten des großen Verlustes des Hauses durch den Tod Beaconfield's. Sein Tod werde nicht nur durch die von ihm geführte Majorität, sondern auch durch die gegen seine Politik oft kämpfende Minorität betrauert; er behalte sich vor, anläßlich des Antrages der Errichtung eines Denkmals seine persönlichen Gefühle weiter auszudrücken. Herzog Richmond beklagt das Hinscheiden Beaconfield's Namens der Conservativen. Granville beantragte darauf ein Dankesvotum des Hauses für die Generale, Offiziere und die Armee Afghanistans. Cramsbrook unterstützte den Antrag, welcher einstimmig angenommen wurde. Unterhaus. Hartington beantragt für die Generale, Offiziere und die Armee Afghanistans das Dankesvotum. Heaery beantragte die Ablehnung, weil der Krieg ein ungerechter. Das Haus lehnte den Antrag Heaery mit 3 gegen 20 Stimmen ab und nahm das Dankesvotum an.

Petersburg, 5. Mai. Es verlautet, an maßgebender Stelle wurde die Frage erwogen, der Thätigkeit des gesammten Ministeriums einen mehr einheitlichen, collegialischen Charakter zu verleihen.

Athen, 5. Mai. Die Mittheilung der Gesandten der Mächte, daß die Pforte die vorgeschlagene neue Grenzlinie vorbehaltlos angenommen habe, erfolgte durch eine Collectivnote, welche dem Ministerpräsidenten Comunduros von den Gesandten in corpore überreicht wurde. Am Schluß dieser Note heißt es, daß die Mächte die rasche Erledigung der Angelegenheit sich lebhaft angelegen sein lassen würden.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 5. Mai. [Börse.] Nach der mehrwöchentlichen continuirlichen Hausse konnte die in ihrem ersten Stadium bereits gestern sichtbar gewordene Reaction im heutigen Verkehr einige Fortschritte machen, soweit das Coursniveau und die Geschäftsthätigkeit ins Auge gefast wird. Es wäre indeß gewagt, hieraus auf einen stattgehabten Tendenzwechsel zu schließen, da stets in energischen Hausseperioden Momente eintreten, in welchen das Maß plötzlich auftretender, umfaßender Realisationen die gerade gegenwärtige Kauflust überwiegt. Ein solches Mißverhältniß zwischen Nachfrage und Angebot war heute vorhanden, der hohe Coursstand schien die Eigner zur Erleichterung ihrer Engagements zu verlocken, die ohne Preisconcessionen aber nicht zu erreichen war. Das Angebot trat indeß nirgends dringend auf, so daß die Gesammthaltung trotz der negativen ziffermäßigen Resultate immerhin nicht als matt bezeichnet werden darf. Die Zurückhaltung der Käufer basirte zum Theil auch auf den schwierigen Versorgungsverhältnissen, in denen die Wiener Speculation augenblicklich sich befindet, die von derselben vorgestern gezahlten Reportsätze erreichen geradezu eine so fabelhafte Höhe, daß eine Ignorirung derselben verhängnißvoll für die gesammte Situation werden könnte. Die Wiener großen Institute wollen offenbar durch größere Reserve bezüglich der Effectenprolongation den überschäumenden Enthusiasmus der kleinen Speculation eindämmen und dadurch eine Zersplitterung der Kräfte verhindern, welche zu den bevorstehenden großen Rentenoperationen in Wirksamkeit zu treten haben. Eine Ausnahmestellung nahmen heute die russischen Fonds ein, welche bei namhaft regerem Geschäft als in den Vortagen zu wesentlich höheren Preisen umgingen. Die Conferenzen, welche letzthin zwischen dem Czaren und den Leitern der russischen Regierung stattgefunden haben, wurden neuerdings zum Ausgangspunkt hochgehender Erwartungen hinsichtlich der Einführung von Reformen und der Reducirung der Staatsausgaben gemacht. Diese Fiction konnte sich indeß nicht im weiteren Verlaufe der Börse erhalten, die russischen Anleihen mußten mit den übrigen speculativen Werthen weiterhin zurückgehen, nachdem neuerdings Gerüchte über eine ablehnende Haltung Griechenlands gegenüber den türkischen Propositionen in der Grenzfrage in Circulation gesetzt waren. Die geschäftliche Thätigkeit war auf den meisten Gebieten eine sehr unbedeutende, selbst die österreichischen Banken und Bahnen gingen nur in bescheidenen Beträgen um. Für die inländischen Bahnen entwickelte sich auf dem ermäßigten Niveau einiger Begehr. In den localen Bankwerthen fanden sehr erhebliche Realisationen statt, während Montanwerthe und Industriepapiere gänzlich vernachlässigt. Die heute eingeführten Actien der Berlinischen Verlagsgesellschaft wurden zum Course von 108 gehandelt. Die ausländischen Fonds tendirten schwach und stellten sich billiger, die inländischen behaupteten dagegen feste Haltung. Zum Schluß der Börse trat auf den speculativen Gebieten eine generelle Besserung ein, welche das Verkehrstempo beschleunigte und den Coursstand ganz erheblich wieder aufbesserte. Von den Devisen stellte sich London, welches für russische Rechnung gesucht war, abermals in beiden Sichten höher, während Paris etwas nachgab. Der Geldstand war etwas steifer, für tägliches Geld zeigte sich Begehr. Privatdiscont $2^7/_8$ pCt.

Um $2^1/_2$ Uhr: Fest. Lombarden 206,50, Franzosen 573,00, Credit 598,00, Dortmunder Stamm-Prior. 88,25, Laurahütte 113,50, Darmstädter Bank 162,00, Deutsche Bank 166,00, Disconto-Commandit 206,50, Wiener Bankverein 245,00, Bergische 117,62, Freiburger 105,50, Mainzer 97,75, Rechte-Oderuferbahn 150,75, Oberschlesische 214,50, Galizier 131,50, Buschtiehrader 80,50, Rumänier 101,00, Oesterr. Goldrente 83,75, do. Silberrente 68,37, do. Papierrente 68,37, Ungar. Goldrente 102,00, Italiener 90,50, Russen, alte 92,00, do. neue 94,75, do. 1880er 76,87, Ungarische Investitions-Anleihe 95,25, Russische Noten 209,00, do. II. Orient 60,62, do. III. Orient 60,12.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberr.-Coup. 173,45 bez., do. Eisenbahn-Coupon 173,45 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 35 Pf. f. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,21 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,21 bez., do. Papier-Dollar 4,21 bez., 6% New-York-City 4,21 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pf. f.

Pet., Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,47 bez. 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, Warschau-Wiener Comm. —, Warschau-Terespol —, 3% u. 5% Lombarden min. — Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Verl. Lstrl.-Oblig. 20,42 bez.

Berliner Börse vom 5. Mai 1881.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.		101,50 bzG
Consolidirte Anleihe .	4½	105,80 bz
do. do. 1876 .	4	102,10 bzG
Staats-Anleihe	4	100,75 bz
Staats-Schuldscheine .	3½	98,60 bz
Präm.-Anleihe v. 1855 .	3½	153,50 bz
Berliner Stadt-Oblig. .	4½	102,60 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	104,10 G
Pommersche	3½	92,50 G
do.	4	100,90 bz
do.	4½	101,10 G
do. Lndch.Crd	4½	— —
Posensche neue . .	4	100,50 G
Schlesische	3½	93,10 G
Lndsch. Central. .	4	100,90 bzB
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	101,40 bzG
Pommersche . . .	4	101,20 bz
Posensche	4	100,80 bz
Preussische	4	101,00 G
Westfäl. u. Rhein.	4	100,80 G
Sächsische	4	100,60 bzG
Schlesische	4	101,10 bzG
Badische Präm.-Anl. .	4	135,00 etbzB
Baierische Präm.-Anl.	4	136,00 B
do. Anl. v. 1875	4	101,60 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	133,30 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	80,60 bz

Hypotheken-Certificate.

KruppschePartial-Obl.	5	110,00 bzG
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	107,25 bzB
do. do.	5	101,25 bzG
DeutscheHyp.-Bk.-Pfb	4½	103,00 bzG
do. do. do.	5	103,80 G
Kündbr.Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Unkündb. do. (1872)	5	107,25 G
do. rückzb. à 110	5	113,25 G
do. do. do.	4½	109,00 bzG
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	110,75 bzG
Kündb.Hyp Schuld.do.	5	102,60 bzB
Hyp.-Anth Nord G-C-B	5	100,70 bz
do. do. Pfandbr. .	5	100,75 B
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	109,20 G
do. do. II. Em.	5	104,90 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	123,30 bzG
do. do. II. Em.	5	121,50 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	109,00 bzB
do. 4½ do. do. m. 110	4½	105,00 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	121,50 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-G.	5	101,00 bz
Schl. Bodencr.-Pfdbr.	5	104,80 G
do. do.	4½	104,80 G
Südd. Bod.-Crd.-Pfdb.	5	105,00 B
do. do.	4½	102,40 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	68,50 bzB
do. (1/4. 1/10.)		68,60 bz
do. Goldrente	4	83,90 bzB
do. Papierrente . . .	4⅕	68e-67,90ebG
do. 54er Präm.-Anl. .	4	117 50 bz
do. Lott.-Anl. v. 60 .	5	128,50 bzG
do. Credit-Loose . .	fr.	349 00 B
do. 64er Loose . . .	fr.	335,00 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	145,00 bzG
do. do. 1866	5	142,00 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	59,30 bz
do. II. do. v. 1878	5	60,00 bzB
do. III. do. v. 1879	5	60,50 bzG
do. Engl v. 1871 . . .	5	91,70 bzG
do. do. v. 1872 . . .	5	91,70 bzG
do. Anleihe 1877 . . .	5	94,50 bzG
do. do. 1880 . . .	4	76,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	84,70 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd	5	79,25 bzG
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	84,20 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	64,60 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,00 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	100,30 bz
do. 5% Anleihe .	5	100,10 G
Ital. 5% Anleihe . . .	5	90,50 bzG
Raab-Graz. 100 Thlr.-L.	4	98,75 bzG
Rumänische Anleihe .	8	110,10 bzB
Rumän. Staats-Oblig.	6	101,10 bz
Türkische Anleihe . .	fr.	17,30 bz
Ungar. Goldrente . . .	6	102et-101,90 b
do. Papierrente . . .	5	81,20 bzG
do. Loose (M.p.St.)	fr.	238,75 bzB
Ung. Invest.-Anleihe .	5	95,25 B
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	97,10 bzB
Finnische 10 Thlr.-Loose		50,80 G
Türken-Loose		49,75 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	[illegible]
do. III. v. St. 3½ g.	3½	[illegible]
do. VI.	4½	[illegible]
do. Hess. Nordbahn	5	[illegible]
Berlin-Görlitz conv.	4½	[illegible]
do. Lit. B.	4½	[illegible]
do. Lit. C.	4½	[illegible]
Bresl.-Freib. Lit. DEF.	4	[illegible]
do. do. G.	4½	[illegible]
do. do. H.	4½	[illegible]
do. do. J.	4½	[illegible]
do. do. K.	4½	[illegible]
do. von 1876	5	[illegible]
Breslau-Warschauer	5	[illegible]
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	[illegible]
do. Lit. B.	4½	[illegible]
do. IV.	4	[illegible]
do. V.	4	[illegible]
Halle-Sorau-Guben	4½	[illegible]
Märkisch-Posener	5	[illegible]
Niederschles.-Märk. I.	4	[illegible]
do. II.	4	[illegible]
do. Obl. I. u. II.	4	[illegible]
do. Obl. III.	4	[illegible]
Oberschles. A.	4	[illegible]
do. B.	3½	[illegible]
do. C.	4	[illegible]
do. D.	4	[illegible]
do. E.	3½	[illegible]
do. F.	4	[illegible]
do. G.	4	[illegible]
do. H.	4	[illegible]
do. von 1873	4	[illegible]
do. von 1874	4	[illegible]
do. von 1879	4½	[illegible]
do. von 1880	4½	[illegible]
do. Brieg-Neisse	4½	[illegible]
do. Cosel-Oderb.	5	[illegible]
do. Starg.-Posen	4	[illegible]
do. do. II. Em.	4½	[illegible]
do. do. III. Em.	4½	[illegible]
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	[illegible]
Ostpreuss. Südbahn	4½	[illegible]
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	[illegible]
Schlesw. Eisenbahn	4½	[illegible]
Charkow-Asowgar.	5	[illegible]
do. in Pfd. Strl.	5	[illegible]
Charkow-Krementsch.	5	[illegible]
[illegible]	5	[illegible]
[illegible]	5	[illegible]
[illegible]	5	[illegible]
[illegible]	5	[illegible]
Rjäsan-Koslow gar.	5	[illegible]
[illegible]	5	[illegible]
Dux-Bodenbach	5	[illegible]
do. II. Em.	5	[illegible]
Prag-Dux		[illegible]
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	[illegible]
do. neue	5	[illegible]
Kaschau-Oderberg	5	[illegible]
Ung. Nordostbahn	5	[illegible]
Ung. Ostbahn	5	[illegible]
Lemberg-Czernow.	5	[illegible]
do. II.	5	[illegible]
do. III.	5	[illegible]
do. IV.	5	[illegible]
Mährische Grenzbahn	5	[illegible]
Mähr.-Schl. Centralb.	5	[illegible]
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	[illegible]
Oesterr.-Französische	3	[illegible]
do. II.	3	[illegible]
do. südl. Staatsbahn	3	[illegible]
do. neue	3	[illegible]
do. Obligationen	5	[illegible]
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	[illegible]
Warschau-Wien II.	5	[illegible]
do. III.	5	[illegible]
do. IV.	5	[illegible]
do. V.	5	[illegible]
do. VI.	5	[illegible]

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl. . . .	8 T.	3	169,43 bz
do. do. . . .	2 M.	3	168,60 bz
London 1 Lstr.	8 T.	2½	20,48 bz
do. do.	3 M.	2½	20,37 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	81,05 bz
do. do.	2 M.	3½	80,55 bz
Petersburg 100 SR. . . .	3 W.	6	207.75 bz
do. do. . . .	3 M.	6	206,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	208,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	173,80 bz
do. do.	2 M.	4	172,80 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 292,75 bz
Badische 35 Fl.-Loose 195,00 bz
Braunschw. Prämien-Anleihe 99.90 B
Oldenburger Loose 152,30 B

Ducaten 9,59 bz	Dollar 4,275 G
Sover. — —	Oestr. Bkn. 173, 90 bz
Napoleon 16,23 bzB	do. Silbergd. — —
Imperials 16,69 G	Russ. Bkn. 208,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1879	1880		
Aachen-Mastricht .	¾	—	4	39,90 bz
Berg.-Märkische . .	4¼	5⅙	4	117,60 bz
Berlin-Anhalt . . .	5	6	4	127,00 bzG
Berlin-Dresden . .	0	0	4	22,40 bz
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	25,00 bzG
Berlin-Hamburg .	12½	14¼	4	260,30 bzG
Berl.-Potsd.-Magdb	4	—	4	— —
Berlin-Stettin . . .	4¾	4¾	4¾	118,00 bzG
Böhm. Westbahn .	6	7	5	129.50 bzG
Bresl.-Freib.	4¾	4¾	4	106,25 bz
Cöln-Minden	6	6	6	151,70 bz
Dux-Bodenbach.B	0	4	4	127,25 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	7 738	4	130,00 bz
Halle-Sorau-Gub. .	0	0	4	25,40 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	4	65,00 bzG
Kronpr. Rudolfb. .	5	—	5	71,90 bzG
Ludwigsh.-Bexb. .	9	9	4	206,00 bzG
Märk.-Posener . . .	0	0	4	32,00 bzB
Magdeb.-Halberst.	6	6	6	152,10 G
Mainz-Ludwigsh. .	4	4	4	97,10 bz
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	100,50 G
Oberschl. A.C.D.E.	9⅗	10⅘	3½	214,00 bz
do. B.	9⅗	10⅘	3½	171,20 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	573-68-2,50
Oest. Nordwestb. .	4	4⅕	5	355,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	203,50-205,00
Ostpreuss. Südb. .	0	0	4	40,90 bz
Rechte-O.-U.-B. . .	7 3/10	7 11/12	4	151,25 bzB
Reichenberg-Pard.	4	—	4½	67,25 bzG
Rheinische	7	6½	6½	164,00 etbzB
do. Lit.B. (4% gar.)	4	4	4	101,20 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	17,10 bz
Rumän. Eisenbahn	3⅗	3⅓	3⅓	68,75 etbzG
Schweiz Westbahn	0	—	4	36,50 G
Stargard-Posener .	4½	4½	4½	103,25 bz
Thüringer Lit. A. .	8½	9½	4	184,75 bzG
Warschau-Wien .	11⅔	—	4	296,50 etbzG
Weimar-Gera . . .	4½	4½	4½	51,70 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden . .	0	—	5	59,25 bzG
Berlin-Görlitzer . .	3⅓	3⅓	5	84,90 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	54,50 bzG
Halle-Sorau-Gub. .	3½	5	5	100,90 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	49,10 bz
Märkisch-Posener	5	5	5	104,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	89,90
do. Lit. C.	5	5	5	126,75 bzG
Marienbrg.-Mlawa	5	—	5	97,90 bz
Ostpr. Südbahn . .	5	2½	5	80,50 bzG
Oels-Gnesen	0	0	5	46,60 bzG
Posen-Kreuzburg .	2¾	—	5	70,00 bzG
Rechte-O.-U.-B. .	7 3/10	7 11/12	5	149,25 bzG
Rumänier. . . .	8	—	8	— —
Saal-Bahn	0	—	5	69,80 bzG
Weima-Gerar . . .	0	—	5	38,00 bzG

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	4	6	4	89,50 bzG
Berl. Kassen-Ver.	8 9/10	9 9/10	4	180,50 etbzG
Berl. Handels-Ges.	5	5½	4	107,50 bz
Brl. Prd.-u.Hdls.-B.	4⅓	4½	4	79,00 bzG
Braunschw. Bank	4½	4⅔	4	95,25 B
Bresl. Disc.-Bank .	5½	6	4	102,50 bzB
Bresl. Wechslerb.	6	6⅔	4	105,75 bzG
Coburg.Cred.-Bnk.	5	3	4	87,25 bz
Danziger Priv.-Bk.	5	5½	4	110,25 G
Darmst. Creditbk.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Darmst. Zettelbk.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Dessauer Landesb.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Deutsche Bank	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. Reichsbank	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
do. Hyp.-B.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Disc.-Comm.-Anth.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. ult.				[illegible]
Genossensch.-Bank	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. junge	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Goth. Grundcredb.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. Hyp.-B.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Hamb. Vereins-B.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Hannov. Bank	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Königsb. Ver.-Bnk.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Ludw.-B. Kwilecki	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Leipz. Cred.-Anst.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Luxemburg. Bank	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Magdeburger do.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Meininger do.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Nordd. Bank	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Nordd. Grundcr.-B.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Oberlausitzer Bk.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Oest. Cred.-Actien	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Posener Prov.-Bank	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Preuss. Immob.-B.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Sächs. Bank	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Schl. Bank-Verein	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Wiener Unionsbk.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	—
Thüringer Bank . .	—	—	fr.	132,50 bzB

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Märk.Sch.Masch.-G.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Nordd. Gummifab.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Schles. Feuervers.	22	17	4	1095 B
Bismarckhütte	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Donnersmarckhütte	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Dortm. Union	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. St.-P. Lit. A.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Königs- u. Laurah.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Lauchhammer	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Marienhütte	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Cons. Redenhütte	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. Oblig.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Schl. Kohlenwerke	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Schl. Zinkh.-Action	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. St.-Pr.-Act.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Tarnowitz. Bergb.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Oppeln. Portl. Cem.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Groschowitzer do.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Vorwärtshütte	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Bresl. E.-Wagenb.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. ver. Oelfabr.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. Strassenb.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Erdm. Spinnerei	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Hofm. Wag.-Fabr.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
O.Schl. Eisenb.-B.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Schl. Leinenind.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
do. Porzellan	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]
Wilhelmsh. MA.	[illegible]	[illegible]	4	[illegible]

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Königsberg, 5. Mai. Die Betriebseinnahme der Ostpreußischen Südbahn pr. April 1881 betrug nach vorläufiger Feststellung: Im Personenverkehr 81,778 M., im Güterverkehr 180,072 M., an Extraordinarien 25,000 M., zusammen 286,850 M., im Monat April 1880 definitiv 285,375 M., mithin mehr gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres 1475 Mark. Vom 1. Jan. bis ult. April 1881 im Ganzen 953,138 M. gegen 1,162,135 M. im Jahre 1880, mithin weniger gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres 208,997 M.

London, 5. Mai. [Bankausweis.] Totalreserve 15,079,000, Notenumlauf 26,927,000, Baarvorrath 26,257,000, Portefeuille 18,317,000, Guthaben der Privaten 24,755,000, Guthaben des Staatsschatzes 6,454,000, Notenreserve 13,853,000 Pfd. Sterl.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W.T.B.) **Paris**, 5. Mai, Abends. [Boulevard.] 3% Rente 85, 50. Neueste Anleihe 1872 120, 21. Türken 17, —. Neue Egyptier 404, 37. Banque ottomane —, —. Italiener 89, —. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente 83⅜. Ungar. Goldrente 103, 12. Spanier exter. 23⅜, do. inter. —. Türkenloose 60, 25, Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Steigend.

Frankfurt a. M., 5. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 49. Pariser Wechsel 81, 13. Wiener Wechsel 173, 80. Köln-Mindener Stamm-Actien 151½. Rheinische Stamm-Actien 163⅞. Hessische Ludwigsbahn 97⅝. Köln-Mind. Prämien-Anth. 133⅜. Reichsanleihe 101¾. Reichsbank 149¼. Darmstädter Bank 161¼. Meininger Bank 101¾. Oesterr.-Ungarische Bank 738, —. Credit-Actien*) 296. Silberrente 68⅜. Papierrente 67⅞. Goldrente 83¾. Ungarische Goldrente 101⅝. 1860er Loose 128⅞. 1864er Loose 334, 50. Ungarische Staatsloose 238, 70. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 94⅞. Böhmische Westbahn 258½. Elisabethbahn 182¼. Nordwestbahn 178¼. Galizier 258½. Franzosen*) 284. Lombarden*) 101¾. Italiener 90¾. 1877er Russen 92¼. 1880er Russen 76⅜. II. Orientanleihe 60. III. Orientanleihe 60⅜. Central-Pacific 112⅞. Wiener Bankverein 120. Buschtiehrader — —. Ungarische Papierrente — —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —, —. Privat-Discont — pCt. Spanier —. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 297¼. Franzosen 285. Galizier 261¼. Lombarden —. Oesterr. Goldrente —. Ungar. Goldrente — —. 1880er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 5. Mai, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 101⅞, Hamburger St.-Pr.-A. 127, Silberrente 68¼, Oest. Goldrente 83¾, Ung. Goldrente 102, 1860er Loose 130¼, Credit-Actien 299, Franzosen 714, Lombarden 257, Italien. Rente 91, 1877er Russen 92½, 1880er Russen 75½, II. Orient-Anl. 58⅛, III. Orient-Anl. 58⅜, Laurahütte 112½, Norddeutsche 174, 5% Amerik. 94¼, Rhein. Eisenbahn 163½, do. junge 159, Bergisch-Märkische do. 117¾, Berlin-Hamburg do. 260¾, Altona-Kiel do. 166. Discont 2¾ %. Fest.

Hamburg, 5. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. Mai 215, 00 Br., 214, 00 Gd., pr. Juli-August 218, 00 Br., 217, 00 Gd. Roggen pr. Mai 202, 00 Br., 200, 00 Gd., pr. Juli-August 180, 00 Br., 178, 00 Gd. Hafer fest. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 55, 00, pr. Mai 55, 00. Spiritus matt, pr. Mai 45½ Br., pr. Juni-Juli 45¾ Br., pr. Juli-August 46 Br., pr. August-September 46½ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 7, 50 Br., 7, 40 Gd., pr. Mai 7, 45 Gd., pr. August-Decbr. 8, — Gd. — Wetter: Veränderlich.

Posen, 5. Mai. Spiritus pr. Mai 52, 20, pr. Juni 53, 00, pr. Juli 53, 60, pr. August 54, 00. Gek. 15,000 Liter. Still.

Liverpool, 5. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 8000 Ballen amerikanische. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 5⅞ D.

Liverpool, 5. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fest. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 5 29/32, Juli-August-Lieferung 5 31/32 D.

Liverpool, 5. Mai, Nachm. Officielle Notirungen. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Definitiver Umsatz — Ballen. Upland good ordinary 4⅞, Upland low middling 5 9/16, Upland middling 5⅞, Mobile middl. 5⅞, Orleans good ordinary 4 15/16, Orleans low middl. 5⅝, Orleans middl. 5 15/16, Orleans middl. fair 7¾, Pernam fair 6⅛., Santos fair —, Bahia fair —, Maceio fair 6 3/16, Maranham fair 6¼, Egyptian brown middl. 4⅝, Egyptian brown fair 6⅛, Egyptian brown good fair 6¾, Egypt. white middl. —, Egyptian white fair 6⅜, Egyptian white good fair 6⅞, Smyrna fair —, M. G. Broach fair —, Dhollerah middl. 3, Dhollerah good middl. 3½, Dhollerah middl. fair 3⅞, Dhollerah fair 4 3/16, Dhollerah good fair 4½, Dhollerah good 5⅛, Oomra fair 4 3/16, Oomra good fair 4½, Oomra good 4 15/16, Scinde fair 3⅞, Bengal fair 4, Bengal good fair 4¼, Madras Tinnevelly fair —, Madras Tinnevelly good fair 5⅛, Madras Western fair 4 1/16, Madras Western good fair 4 7/16.

(W. T. B.) **Newyork**, 5. Mai, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf Berlin 94½. Wechsel auf London 4, 84¼. Wechsel auf Paris 5, 19⅜. 5proc. fundirte Anleihe 101⅝. 4proc. fundirte Anleihe 1877 116¼. Erie-Bahn 48¼. Central-Pacific-Bahn 116. Newyork-Centralbahn 147¼. Baumwolle in Newyork 10 9/16. do. in New-Orleans 10⅛. Raffinirtes Petroleum in Newyork 8. Raff. Petroleum in Philadelphia 7¾. Rohes Petroleum 6½. Pipe line Certificats 0, 79. Mehl 4, 65. Rother Winterweizen 1, 28. Mais (old mixed) 62. Zucker (Fair refining Muscuvados) 7¼. Kaffee Rio 11¼. Schmalz (Marke Wilcox) 11¾. do. Fairbanks 11⅝. do. Roth u. Brothers 11⅞. Speck (shortclear) 9¼. Getreidefracht 4¼. Chicago-Eisenbahn 139½.

Pest, 5. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schwaches Angebot, fest, auf Termine schlußlos, pr. Herbst 10, 70 Gd., 10, 72 Br. Hafer pr. Herbst 6, 45 Gd., 6, 50 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 95 Gd., 5, 97 Br. Kohlraps 12⅜. — Wetter: Schön.

Paris, 5. Mai, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Mai 28, 80, pr. Juni 28, 75, pr. Juli-August 28, 25, pr. September-December 27, 50. Roggen ruhig, pr. Mai 23, 25, per September-December 19, 75. Mehl behauptet, pr. Mai 63, 00, pr. Juni 62, 75, pr. Juli-August 61, 75, pr. September-December 9 Marques, 59, 25. Rüböl behauptet, pr. Mai 71, 75, pr. Juni 72, 25, pr. Juli-August 73, 00, pr. September-December 74, 25. Spiritus behauptet, pr. Mai 61, 50, pr. Juni 61, 25, pr. Juli-August 61, 00, pr. September-December 59, 50. — Wetter: Schön.

Paris, 5. Mai, Nachmittags. Rohzucker 88° loco fest, 60, 75 bis 61, 00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. Mai 72, 60, pr. Juni 73, 00, per Juli-August 73, 10, per October-Januar 63, 00.

London, 5. Mai, Nachm. Havannazucker Nr. 12 25½. Fest.

Antwerpen, 5. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen steigend. Hafer fest. Gerste gefragt.

Antwerpen, 5. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19¼ bez. und Br., per Juni 19¼ Br., per September 20½ Br., per September-December 20¾ Br. Fest.

Bremen, 5. Mai, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 60, per Juni 7, 75, per August-December 8, 25. Alles Brief.

Berlin, 5. Mai. [Producten-Bericht.] Wind: S. Barometer: 28,2. Thermometer: 10 Gr. R. Witterung: trübe. Der heutige Getreidemarkt nahm von den abermals höheren Newyorker Notirungen keine Kenntniß und verlief äußerst ruhig. — Weizen ging mäßig um und ist ½ M. billiger als gestern erlassen worden. Gekündigt: 2000 Ctr. Kündigungspreis: 223 M. per 1000 Klgr. — Roggen in effectiver Waare wenig beachtet. Termine still. Nahe Lieferung konnte ungefähr gestrigen Werth behaupten, da es an Abgebern fehlte, welche für späte Monate ziemlich reichlich waren. Gekündigt: 19,000 Ctr., Kündigungspreis: 209 Mark pro 1000 Klgr. — Hafer in effectiver Waare billiger verkauft. Termine matt und etwas niedriger. — Mais in effectiver Waare billiger und auch in Terminen reichlicher angeboten, indessen nur wenig niedriger. Gekündigt: 6000 Ctr. Kündigungspreis: 132 M. per 1000 Klgr. — Roggenmehl still und matt. Gekündigt: 500 Ctr., Kündigungspreis: 27,90 M. per 100 Klgr. — Petroleum trotz niedrigerer Newyorker Notirung bei Mangel an Abgebern in fester Tendenz. — Rüböl fest und besser bezahlt. — Spiritus war in der ersten Börsenhälfte matt, befestigte sich indessen wieder, nachdem die Kündigungen zurückgezogen worden waren. Es soll ein Theil der zur Kündigung bestimmten Waare anderweite Verwendung gefunden haben. Späte Sichten besser bezahlt. Gekündigt: 30,000 L. Kündigungspreis: 54,90 M. per 10,000 pCt.

Weizen loco pro 1000 Kilo 180—235 M. nach Qualität gefordert, gelber per Mai 223 M. bez., per Mai-Juni 218 M. bez., per Juni-Juli 218 M. bez., per Juli-August 214½ M. bez., per Sept.-October 208—207½ bis 208 M. bez., fein märkischer — M. bez. — Roggen loco pro 1000 Kilo 206—219 Mark nach Qualität gefordert, inl. 209—212 M., feiner do. — M., klammer do. — M. ab Bahn bez., per Mai 208½—208¾ bis 208½ M. bez., Mai-Juni 204½—204¾—204½ M. bez., per Juni-Juli 196—196¼—196 M. bez., per Juli-August 183½—183½—183½ M. bez., per Septbr.-October 173¾—174—173¾ M. bez. — Gerste loco per 1000 Kilogramm 145 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco per 1000 Kilogramm 160—182 M. nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 168—170 M. bez., russischer 164—170 M. bez., pommerscher und mecklenburgischer 170 bis 175 M. bez., schlesischer und böhmischer 168—174 M. bez., fein weiß. mecklenburgischer — M. ab Bahn bez., per Mai 158 M. bez., Mai-Juni 156 M. bez., per Juni-Juli 155½ M. bez., per Juli-August 153 M. B., per Sept.-Octbr. 147 M. bez. — Erbsen per 1000 Klgr., Kochwaare 188 bis 215 M. nach Qualität gef., Futterwaare 170 bis 187 M. nach Qual. gef. — Raps pro 1000 Klgr. —. Winterrübsen —. Leinöl loco per 100 Klgr. mit Faß 58 M. bez. — Rüböl per 100 Klgr. loco ohne Faß — M. bez., loco mit Faß 52,5 M. bez., per Mai 52,7—53—52,8 M. bez., per Mai-Juni 52,7—53—52,8 M. bez., per Juni-Juli 53,1—53,2—53,1 Mark bez., per Septbr.-October 54,6—54,8—54,7 M. bez., per Octbr.-Novbr. 55 M. bez. — Petroleum raffinirt, (Standard white) per 100 Kilo mit Faß loco — M. bez., per Mai 23,9 M. bez., per Mai-Juni — M. bez., per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — Mark bez., Septbr.-October 24,9 Mark bez., per Oct.-Nov. 25,1—25,2 Mark bez. — Spiritus per 100 Lit. pCt. (à 100 pCt. = 10,000 pCt.) loco ohne Faß 54,3 M. bez., per Mai 55—54,8—55,2 M. bez., per Mai-Juni 55 bis 54,8—55,2 M. bez., per Juni-Juli 55,7—55,5—55,7 M. bez., per Juli-August 56,6—56,4—56,5 M. bez., per August-Septbr. 56,8—56,6—56,8 M. bez., per September-October 55,8—55,7—55,8 M. bez. — Mais loco per 1000 Klgr. 134—138 M. nach Qualität gefordert, per Mai 131,5—132 bis 131,5 Mark bez., per Mai-Juni 130 M. bez., per Juni-Juli 129 M. bez., per Juli-August 129 M. bez., per September-October — M. B. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sack per Mai 27,90 M. bez., per Mai-Juni 27,75—80 M. bez., per Juni-Juli 27,20—25 M. bez., per Juli-August 25,95 M. bez., per September-October 24,60 M. bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 29,00—28.00 Mark, Nr. 0 und 1 28,00 bis 27,00 Mark, Roggenmehl Nr. 0 29,50—28,50 M., Nr. 0 und 1 28,50 bis 27,50 M., per 100 Kilo Br. incl. Sack. Feine Marken über Notiz bez.

Breslau, 6. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 20,60 bis 21,80—22,70 Mark, gelber 20,00—21,30 bis 21,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwächerem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. 20,20 bis 21,00 bis 21,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in matter Haltung, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Mark, weiße 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer mehr angeboten, per 100 Kilogr. 15,00—15,40—16,00 bis 16,30 Mark, feinster über Notiz bezahlt.

Mais ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13,60—14,00—14,30 Mark.

Erbsen preishaltend, per 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 20,80 Mark, Victoria- 21,00—22,00—22,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 Mark.

Lupinen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. gelbe 10,70—11,50 bis 12,00 Mark, blaue 10,60—11,40—11,80 Mark.

Wicken ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Mark.

Oelsaaten schwacher Umsatz.

Schlaglein schwach zugeführt.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	50	26	—	24	75
Winterraps	24	50	23	50	23	—
Winterrübsen	23	75	23	—	22	75
Sommerrübsen	24	50	23	—	22	75
Leindotter	23	—	22	50	22	—

Leinkuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 9,40 bis 60 Mark, fremde 8,40—8,80 Mark.

Rapskuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark, fremde 6,50—6,70 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother ruhig, per 50 Kilogr. 33—36 bis 40—46 Mark, weißer unverändert, 35—45—53—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee schwacher Umsatz, per 50 Kilogr. 38—44—48 Mark.

Thymothee ohne Aenderung, per 50 Kilogr. 23—25—27 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 31,00—31,75 Mark, Roggen fein 32,25—32,75 Mark, Hausbacken 31,25—32,25 Mark, Roggen-Futtermehl 12—13 Mark, Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 3,60 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 27,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 5., 6.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 8°,5	+ 6°,4	+ 5°,9
Luftdruck bei 0° (mm) . .	756‴,2	758‴,0	760‴,1
Dunstdruck (mm)	4,4	6,1	6,2
Dunstsättigung (pCt.) . .	54	86	90
Wind	NO. 1.	Still.	O. 1.
Wetter	Regen.	bedeckt.	wolkig.
Wärme der Oder			früh 7 Uhr 11°,5.

Wasserstand. Breslau, 6. Mai. O.-P. 4 M. 88 Cm. U.-P. — M. 10 Cm.
5. Mai. O.-P. 4 M. 88 Cm. U.-P. — M. 10 Cm.

Vermischtes.

[Von unseren Afrikareisenden.] Licht und Schatten scheint bei den Erfolgen unserer Afrikareisenden in rascher Folge zu wechseln. Kaum, schreiben Berliner Blätter, haben wir hier die Freude gehabt, Dr. O. Lenz nach einer Reise, deren Gefährlichkeit durch die jüngst erfolgte Niedermetzelung der französischen Expedition unter Flatters am besten illustrirt wird, in unserer Mitte begrüßen zu können, um aus seinem eigenen Munde zu vernehmen, daß das Ziel, welches er sich gesteckt, von ihm vollkommen erreicht sei, da kommt die Nachricht, daß das Schiff, welches die von Dr. M. Buchner in Afrika gesammelten wissenschaftlichen Schätze nach Deutschland überführen sollte, im Canal Schiffbruch erlitten habe. Damit ist auch der letzte Erfolg der verunglückten Reise Buchners vernichtet worden, denn er selbst hat sich, nachdem er dreimal vergeblich versucht, nordwärts in das Congobecken einzudringen, von Malange aus der Heimath wieder zugewandt. Um so erfreulicher ist, daß von zwei anderen Seiten glücklichere Nachrichten eingelaufen sind. Von Kairo aus sind Briefe des Dr. W. Juncker angekommen, der letzte vom 1. September vorigen Jahres. Juncker ist nach Niomniam und von da in das Wonbuttuland gegangen. Etwa um die Mitte Juni erreichte er die Residenz des Niomniamfürsten Ndoruma. Nachdem er hier eine Station eingerichtet und derselben seinen Begleiter Bohndorf vorgestellt, verließ er im August Ndoruma, um sich in das Land des Monbuttostammes Mangballo zu begeben. Dasselbe liegt eine Tagereise nördlich vom Uëllefluß. Besondere Schwierigkeiten haben sich ihm auf dieser von Noamniam in südöstlicher Richtung gehenden Reise nicht in den Weg gestellt. Schon auf der Strecke vom Gazellenfluß durch Dar-Fertit zu Ndoruma waren die Ergebnisse seiner Reise für die Wissenschaft von hoher Bedeutung, besonders die Farschungen über die Nilwasserscheide. Aber wichtiger noch sind die sich auf das Uëllegebiet erstreckenden Untersuchungen, da dieser Fluß uns bisher so gut wie unbekannt gewesen ist. Ebenso erfolgreich ist bis jetzt die ostafrikanische Expedition gewesen. Herr v. Schöler kehrt, nachdem er zwischen Tabora und Karema am Tanganyikasee eine Station zu Kakoma unter dem 32° 14′ östl. L. und 5° 45′ südl. Br., etwa 93 Kilometer södöstlich von Tabora begründet hat, nach Deutschland zurück. Die Leitung der Anstalt übernehmen die Herren Dr. Böhm, Dr. Kaiser und Paul Reichard.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.